

**Jüdisches Leben in Deutschland:
Errungenschaften, Herausforderungen und
Schwerpunkte seit dem Niedergang des
Kommunismus**

Toby Axelrod

Das unabhängige **Institute for Jewish Policy Research (JPR)** mit Sitz in London ist zugleich Forschungsinstitut, Beratungsorganisation und Think-Tank. Es hat sich dem Ziel verschrieben, jüdische Gemeinschaften in Großbritannien und ganz Europa durch Forschung und Politikgestaltung zu fördern - in enger Zusammenarbeit mit Partnern, die auf das jüdische Leben entscheidenden Einfluss nehmen.

Autorin

Toby Axelrod ist akademische Leiterin der zum Zentrum Jüdische Studien Berlin-Brandenburg gehörenden Leo Baeck Summer University in Jewish Studies. Als amerikanische Journalistin und Übersetzerin hat sie Bücher zur Geschichte des Holocaust für junge Erwachsene verfasst und ist Mitbegründerin der Limmud Bildungsinitiative in Deutschland.

Sie promoviert derzeit am Zentrum für Antisemitismusforschung zum Thema „Persönliche Konfrontation von Deutschen mit der nationalsozialistischen Vergangenheit“. Ihre Geschwister Scholl Biographie bezeichnete der Verband jüdischer Bibliotheken im Jahr 2001 als „bemerkenswertes Buch“. Toby Axelrod, deren Vorfahren aus Osteuropa stammen, hat ihre Wurzeln in New York und Massachusetts.

Wissenschaftlicher Berater

Y. Michal Bodemann, Professor der Soziologie an der University of Toronto, promovierte an der Brandeis University zum Thema „Ländliche Sozialstrukturen und Politik im zentralen Sardinien“. Seit einiger Zeit gilt sein Forschungsinteresse den deutsch-jüdischen Beziehungen. Zu seinen wichtigsten Veröffentlichungen zählen: „A Jewish Family in Germany Today. An Intimate Portrait“ (2005); sowie „The New German Jewry and the European Context: The Return of the European Jewish Diaspora“ (2008). Letztere umfasst eine Analyse russischen Judentums und der jüdisch-türkischen Beziehungen in Deutschland.

Wissenschaftliche Mitarbeiterin

Mareike Albers ist Absolventin der Humboldt-Universität zu Berlin und verfügt über einen Masterabschluss in Kultureller Anthropologie und Geschichte. Nachdem sie im Rahmen ihrer Masterarbeit zwei Semester in New York City verbrachte und dort zum Thema „Junges, säkulares jüdisches Leben in New York“ forschte, arbeitet sie derzeit an ihrer Dissertation über junge jüdische Erwachsene und jüdische Populärkultur in Berlin, gefördert durch das Ernst Ludwig Ehrlich Studienwerk.

Unser herzlicher Dank gebührt auch **Dr. Olaf Glöckner**. Als Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Moses Mendelssohn Zentrum in Potsdam hat er durch sein Expertenwissen auf den Gebieten der Zeitgeschichte sowie der zeitgenössischen deutsch-jüdischen Gemeinschaft maßgeblich zur Vorbereitung dieses Berichts beigetragen.

Übersetzerin

Luisa Traumann ist freie Autorin und Übersetzerin und lebt in Berlin.

Herausgeber

Dr. Jonathan Boyd ist Geschäftsführer des JPR / Institute for Jewish Policy Research und Experte auf dem Gebiet des zeitgenössischen Judentums.

Projektleiterin

Judith Russell ist Leiterin für Entwicklung am JPR / Institute for Jewish Policy Research.

Das JPR ist der **Rothschild Foundation (Hanadiv) Europe** für ihre großzügige finanzielle Unterstützung dieses Projekts zu tiefstem Dank verpflichtet.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort des Herausgebers	3
Vorwort der Autorin	7
1 Allgemeine Daten zu deutschen Juden und deutsch-jüdischen Organisationen	9
2 Schlüsselerfolge und Meilensteine der letzten 20 Jahre	10
<i>Auflösung der UdSSR und jüdische Migration</i>	11
<i>Herausforderungen der Integration</i>	13
<i>Der Holocaust rückt in den Hintergrund</i>	14
3 Förderung und Philanthropie	17
<i>Wiedergutmachung</i>	19
4 Jüdisches Gemeinschaftsleben und seine Organisationen	20
<i>Politische Interessen und Ziele</i>	21
<i>Outsourcing</i>	21
4.1 Religiöse Einrichtungen und religiöses Leben	23
4.2 Jüdische Bildung	25
4.3 Akademische Jüdische Studien und Erwachsenenbildung	26
<i>Jüdische Studien: säkular und religiös</i>	26
<i>Ausbildung von Rabbinern und anderen jüdischen Lehrern</i>	27
<i>Weiterbildungsangebote und Studentenvereinigungen</i>	28
<i>Andere jüdische Bildungseinrichtungen</i>	28
<i>Erwachsenenbildung von und für Juden</i>	29
<i>Öffentlich zugängliche jüdische Bildungsprogramme</i>	29
4.4 Jüdische Kultur	29
<i>Veröffentlichungen und Rundfunk</i>	30
4.5 Erhaltung des jüdischen Kulturerbes	31
4.6 Einbindung von jungen Erwachsenen (18 bis 35), Entwicklung von Führungskompetenzen	32
4.7 Innovation und Soziales Unternehmertum	35
4.8 Wohlfahrt: Kinder und ältere Menschen	35

4.9 Kampf gegen den Antisemitismus und anti-israelische Tendenzen	36
4.10 Aufklärung über und Unterstützung für Israel	38
<i>Aliyah und Israelis in Deutschland</i>	40
<i>Engagement pro Israel</i>	41
5 Zusammenfassung	43
<i>Pluralismus und die Frage: Wer ist Jude?</i>	43
<i>Gemeindestruktur</i>	44
<i>Lehrmaterial</i>	44
<i>Lücken schließen</i>	45
<i>Kontinuität und Führungskompetenzen</i>	45
<i>Fazit</i>	45
 Anlage A	
<i>Karte der Landesverbände und jüdischen Gemeinden in Deutschland (Stand: 2013)</i>	46
 Anlage B	
<i>Mitgliederstatistiken der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland</i>	47

Vorwort des Herausgebers

Während der zwei Jahrzehnte seit dem Niedergang des Kommunismus hat das östliche Zentraleuropa tiefgreifende politische, wirtschaftliche und soziale Veränderungen erfahren. Selbstverständlich sind auch die dort lebenden Juden von diesen Entwicklungen geprägt worden. Die Einführung eines demokratischen Systems, die Integration in die Europäische Union, das Aufkommen von Populismus, wesentliche demographische Verschiebungen sowie die globale Konjunkturschwäche haben sich auch auf die jüdischen Gemeinden in ganz Europa ausgewirkt. Gemeinsam geben diese Faktoren Anlass zur Analyse von Bedürfnissen und Herausforderungen, mit denen sich die jüdischen Gemeinden im östlichen Zentraleuropa heute konfrontiert sehen.

Wir veröffentlichen diesen nun als dritten Bericht einer Reihe, die sich mit den Entwicklungen des jüdischen Gemeinschaftslebens im östlichen Zentraleuropa seit dem Zerfall des Kommunismus beschäftigt. Der vorliegende Bericht befasst sich mit der Situation in Deutschland, die vorangegangenen mit der jeweiligen Lage in Polen und Ungarn. Demnächst erscheint ein vierter Bericht, der die Situation in der Ukraine beleuchtet.

Das Projekt entspringt der Arbeit zweier Organisationen: dem Institute for Jewish Policy Research (JPR) und der Rothschild Foundation (Hanadiv) Europe (RF(H)E). Das JPR-Forschungsinstitut mit Sitz in London ist zugleich Beratungsorganisation und Think-Tank und auf jüdische Zeitgeschichte spezialisiert. Seit Jahrzehnten steht es an der Spitze der jüdischen Gemeinschaftsforschung im Vereinigten Königreich. Obwohl sich die Arbeit des Instituts vor allem mit Juden in Großbritannien befasst, beobachtet das JPR seit langem das jüdische Leben in ganz Europa mit großem Interesse; zu seinen Veröffentlichungen zählen „Jewish Restitution and Compensation Claims in Eastern Europe and the Former USSR“ (1993), „A new Jewish identity for post-1989 Europe“ (1996), „Mapping Jewish culture in Europe today: a pilot project“ (2002), „Jews and Jewry in contemporary Hungary: results of a sociological survey“ (2004), und „Voices for the Res Publica: The common good in Europe“ (2006-2009).

Zuletzt wurde dem JPR-Institut ein bedeutender Auftrag der EU zuteil: die Wahrnehmung von und Erfahrungen mit Antisemitismus unter jüdischen Bürgern zu untersuchen. Die Ergebnisse der Studie wurden von der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte zum Jahresende 2013 veröffentlicht. JPR beschäftigt sich mit anhaltendem Interesse auch mit jüdischer Kultur in Europa und ist Gründungsmitglied der European Association for Jewish Culture (Gesellschaft für jüdische Kultur), zu der es eine besondere Beziehung pflegt.

Die RF(H)E hat sich der Erhaltung des europäisch-jüdischen Kulturerbes verschrieben; sie unterstützt wissenschaftliche Arbeit und fördert jüdisches Leben in Europa. Ihr Förderprogramm verfolgt drei Ziele: begabte Fachleute darin zu unterstützen und auszubilden, das jüdische Kulturerbe in den Archiven, Bibliotheken und Museen Europas zu schützen, zu konservieren und für die Öffentlichkeit zugänglich zu machen; das Gebiet der wissenschaftlichen Jüdischen Studien in ganz Europa durch individuelle Förderung von Wissenschaftlern, universitären Einrichtungen, sowie durch akademische und forschungsorientierte Konferenzen zu bereichern; und Gemeinden zu befähigen, ihr eigenes jüdisches Kulturerbe aufzuarbeiten und ihre Forschungsergebnisse einem größeren Publikum zu eröffnen. Lord Rothschild ist Präsident der RF(H)E, Sir Victor Blank der Vorsitzende des Treuhandausschusses und Sally Berkovic ist Geschäftsführerin der Rothschild Foundation (Hanadiv) Europe.

Beide Organisationen – JPR und RF(H)E – gelangten unabhängig von einander zu der Überzeugung, dass die Zeit reif sei, einen erneuten Blick auf das jüdische Leben im zentraleuropäischen Raum zu werfen, und im Laufe mehrerer Besprechungen kam es zu der Entscheidung, dieses Projekt zusammen anzugehen. Unser gemeinsames Ziel ist es, eine Reihe von Portraits jüdischen Lebens in unterschiedlichen Ländern der Region zu zeichnen, um Gemeinschaftsmitgliedern wie Außenstehenden die Möglichkeit zu geben, die jeweiligen Erfolge, Herausforderungen und Handlungsschwerpunkte zu reflektieren. Das JPR entwickelte hierfür einen ersten Projektantrag, den

die RF(H)E abrundete und verfeinerte. Dem JPR fiel die Verantwortung für die Forschungsarbeit zu, während die RF(H)E die finanzielle Förderung sicherstellte und uns mit Rat und Unterstützung zur Seite stand.

Wir bedanken uns auch bei den Treuhändern des Humanitarian Trust für ihre Unterstützung bei unserem Vorhaben.

Meinen Kollegen vom JPR Institut – Lena Stanley-Clamp, Judith Russell und Richard Goldstein – bin ich für ihre Hilfe bei diesem Projekt zu besonderem Dank verpflichtet: Lena nahm sich mit Bravour der Projektleitung an, als die Initiative noch in den Startlöchern stand; Judith und Richard waren seither maßgeblich an der Organisierung beteiligt, und leisteten Unterstützung bei den letzten Schritten des Übersetzens, der Bearbeitung und Veröffentlichung. Ohne ihren enormen Arbeitseinsatz, ihr Engagement und ihre Liebe zum Detail gäbe es diesen Bericht nicht.

Für die Umsetzung des Projekts wünschten wir uns wissenschaftliche Experten, die sowohl über ausgezeichnete Qualifikationen in der qualitativen Forschung und über Praxiserfahrung verfügten, als auch die Fähigkeit aufwiesen, die besonderen Eigenarten des jüdischen Lebens zu verstehen und auf eine anspruchsvolle, unabhängige und sensible Weise zu analysieren. Für den Deutschland-Bericht konnten wir Toby Axelrod gewinnen, wissenschaftliche Leiterin der Leo Baeck Summer University in Jewish Studies unter der Schirmherrschaft des Zentrums für Jüdische Studien Berlin-Brandenburg.

Als amerikanische Journalistin und Übersetzerin hat sie Bücher für junge Erwachsene zur Geschichte des Holocaust verfasst und ist Mitbegründerin der Limmud Bildungsinitiative in Deutschland.

Sie promoviert derzeit am Zentrum für Antisemitismusforschung zum Thema „Persönliche Konfrontation von Deutschen mit der nationalsozialistischen Vergangenheit“. Ihre Geschwister-Scholl-Biographie bezeichnete der Verband jüdischer Bibliotheken im Jahr 2001 als „bemerkenswertes Buch“. Frau Axelrod, deren Vorfahren aus Osteuropa stammen, hat ihre Wurzeln in New York und Massachusetts.

Frau Axelrod wurde in ihrer Forschungsarbeit von Professor Y. Michal Bodemann und Mareike Albers unterstützt. Y. Michal Bodemann, Professor der Soziologie an der University of Toronto, promovierte an der Brandeis University zum Thema „Ländliche Sozialstrukturen und Politik im zentralen Sardinien“. Seit einiger Zeit gilt sein Forschungsinteresse den deutsch-jüdischen Beziehungen. Zu seinen wichtigsten Veröffentlichungen zählen: „A Jewish Family in Germany Today. An Intimate Portrait“ (2005); sowie „The New German Jewry and the European Context: The Return of the European Jewish Diaspora“ (2008). Letztere umfasst eine Analyse russischen Judentums und der jüdisch-türkischen Beziehungen in Deutschland.

Mareike Albers ist Absolventin der Humboldt-Universität zu Berlin und verfügt über einen Masterabschluss in Kulturanthropologie und Geschichte. Nachdem sie im Rahmen ihrer Masterarbeit zwei Semester in New York City verbrachte und dort zum Thema „Junges, säkulares jüdisches Leben in New York“ forschte, arbeitet sie derzeit an ihrer Dissertation über junge jüdische Erwachsene und jüdische Populärkultur in Berlin, gefördert durch das Ernst Ludwig Ehrlich Studienwerk.

Wie auch die in anderen Ländern forschenden Kollegen erhielten die zum Deutschlandbericht beitragenden Wissenschaftler von uns vier Schlüsselfragen, auf welche sie nach Möglichkeit Bezug nehmen sollten:

1. Was waren die größten Meilensteine und Entwicklungen der letzten zwanzig Jahre in der Gemeinschaft?
2. Welche philanthropischen Investitionen (auf lokaler, nationaler, regionaler oder gesamteuropäischer Ebene) aus dieser Zeit sind besonders hervorzuheben, entweder aufgrund des beträchtlichen Erfolgs, den sie zur Folge hatten, oder weil sie nicht zu dem erwünschten Ergebnis führten?
3. Mit welchen Herausforderungen sieht sich die Gemeinde gegenwärtig konfrontiert?
4. Welche Initiativen und Investitionen werden am dringendsten benötigt, um die Gemeinschaft in Zukunft auf lokaler, nationaler, regionaler und gesamteuropäischer Ebene zu stärken?

Den Forschern wurde des weiteren aufgetragen, Themen zu beleuchten, die für zentrale Aspekte des jüdischen Lebens von Bedeutung sind, nämlich:

- Jüdisches religiöses Leben
- Jüdische Bildung (formell und informell)
- Jüdische kulturelle Entwicklungen
- Wissenschaftliche Jüdische Studien
- Erhalt des kulturellen Erbes
- Einbindung junger Erwachsener (im Alter von 18 bis 35 Jahren)
- Entwicklung von Leitungskompetenzen
- Innovation und soziales Unternehmertum
- Finanzielle Förderung und Wohltätigkeit
- Fürsorge (für Kinder und ältere Menschen)
- Bekämpfung des Antisemitismus
- Aufklärung über den Staat Israel, Befürwortung und *Aliyah* (Auswanderung nach Israel).

Letztlich wurden die Wissenschaftler darum gebeten, demographische Daten, relevante soziale Spannungen innerhalb der Gemeinde, sowie den politischen Kontext überall dort in ihre Analyse einzubeziehen, wo sie für den Leser zum Verständnis der Gemeinschaftsstrukturen beitragen.

Für den Deutschlandbericht wurde von 2011 bis 2012 geforscht. Es wurden ausschließlich qualitative Methoden angewandt: Vierzehn persönliche Interviews und eine Gruppendiskussion wurden geführt, die jeweils zwischen einer und drei Stunden in Anspruch nahmen. Um teilnehmen zu können, mussten die Interviewpartner eine wichtige Rolle im jüdischen Institutions- und Gemeinschaftsleben innehaben, über Wissen hinsichtlich mehrerer der oben genannten Themenbereiche verfügen, und sie sollten nach Einschätzung des Forschungsteams auch in absehbarer Zukunft weiterhin Einfluss auf das jüdische Gemeinschaftsleben nehmen können.

In unserer Analyse versuchten wir, ein Spektrum grundlegender Sichtweisen und unterschiedlicher Meinungen abzubilden, sowie von Interviewpartnern vorgeschlagene, alternative Ansätze wiederzugeben.

Die Einbettung zahlreicher Zitate in den Text sollte nicht für die Befürwortung bestimmter Ansichten gehalten, sondern als Illustrierung verschiedener Perspektiven verstanden werden, deren Einbezug wir für einen solchen Bericht als wertvoll erachteten. Des weiteren umfassen die vorhandenen Zitate selbstverständlich nicht alle vorstellbaren Sichtweisen; eine begrenzte Anzahl von Interviews wurde für diese Studie geführt, so dass der Bericht nur jene Themenbereiche einschließt, die von den Interviewpartnern auch angesprochen wurden. Demnach sollte der vorliegende Text als Wegbereiter zum besseren Verständnis ausgewählter Fragen zur deutsch-jüdischen Gemeinschaft dienen, als erster Wegweiser und nicht als vollendete Auswertung. Obgleich Quellenvermerke zum tieferen Verständnis beigetragen hätten, anonymisierten wir alle Zitate nachträglich, um die freie Meinungsäußerung zu fördern.

Wir hoffen und glauben, dass das Ergebnis unserer Arbeit ein vielschichtiges, aufschlussreiches Portrait deutsch-jüdischen Lebens geworden ist, das eine Vielzahl von Perspektiven einfängt und trotzdem klare Empfehlungen dazu hervorhebt, wie erfolgsversprechend auf die Bandbreite der Fragen eingegangen werden könnte, mit denen sich die Gemeinschaft gegenwärtig konfrontiert sieht.

Gemeinsam mit der RF(H)E erhoffen wir uns, dass dieser Bericht – neben und gemeinsam mit den anderen der Reihe – zum Wegweiser für all diejenigen wird, die den Wunsch hegen, das zukünftige, europäische jüdische Leben zu verstehen, zu gestalten und zu fördern. Er richtet sich an Stadtentwickler, nationale und internationale Förderer und Stiftungen, führende Mitglieder der Gemeinden, Forscher, Wissenschaftler, und an die Gemeinden selbst. Wir haben uns vorgenommen, diese Berichte in Umlauf zu bringen, um auf aktuelle und reale Fragen aufmerksam zu machen. Dabei bleibt unsere Hoffnung und Absicht, dass alle Berichte dieser Reihe dazu beitragen mögen, Interessenten und Förderer mit Erkenntnissen für die politische Ideenentwicklung auszustatten und neue und effektive Investitionen in die Gemeinde zu ermöglichen.

Vorwort der Autorin

In seiner unbesungenen Autobiographie „Soaring Underground“ beschreibt der verstorbene Larry (Lothar) Orbach, wie er als Zehnjähriger im Jahr 1934 eine Auszeichnung seiner Schule erhalten sollte, weil er seine deutschen Wurzeln hatte weiter zurückverfolgen können als irgendein anderer Mitschüler an seiner Berliner Schule: „bis in die 1490er, als ein Moses Auerback [...] ein Jude am Hofe des Bischofs zu Regensburg war.“¹

Das Ende der Geschichte – zugleich Auftakt der dramatischen Chronik von Orbachs Abtauchen in der Hauptstadt des nationalsozialistischen Deutschlands – ist herzerreißend: Der Schulleiter ruft den Jungen in sein Büro. Mit dem Portrait Hitlers an der Wand hinter sich verkündet der Direktor, dass Lothar nicht für die Auszeichnung in Frage komme, da er ein Jude sei. Statt dessen würde „der Zweitplatzierte, ein säuerlicher Sechstklässler, dessen Vorfahren ausschließlich Arier waren, die Ehre haben“², bei der Einweihungsfeier ein Gedicht vorzutragen. Lothar hält seine Tränen zurück, bis er zu Hause ist.

Diese Anekdote ist eine auf den Punkt gebrachte, schmerzliche Erinnerung daran, dass und wie Völkermörder den Menschen auch ihre Vergangenheit nehmen. Sie ist zudem ein Hinweis darauf, wie viele deutsche Juden stolz auf ihre nationale Identität waren; und sie deutet auf die Vielschichtigkeit und Tiefe der deutsch-jüdischen Geschichte hin, die bis ins vierte Jahrhundert zurückverfolgt werden kann.

In der Einleitung seiner umfassenden Historie des deutschen Judentums, „Die Juden in Deutschland – von der Römerzeit bis zur Weimarer Republik“, weist Nachum T. Gidal auf Beweise dafür hin, dass „im Jahr 321 n.Ch. in Köln eine aufblühende jüdische Gemeinde“ existierte. Spätestens im sechsten Jahrhundert lebten Juden als Untertanen fränkischer Könige und arbeiteten als Händler, Landbesitzer, Zollbeamte, Ärzte und Münzpräger.³

Die deutsch-jüdische Geschichte ist von dramatischen Wendungen gekennzeichnet: vom Wachstum jüdischer Gemeinden und Bildungsstätten zwischen dem zehnten und dreizehnten Jahrhundert und ihrer Dezimierung durch in Verbindung mit Kreuzzügen stehende Pogrome; vom Wiederaufleben des Judentums und von anti-jüdischen Massakern, Vertreibung und Flucht, als im vierzehnten Jahrhundert die Pest wütete; von einer neuen Blütezeit jüdischen Lebens, der Zubilligung der Bürgerrechte unter Napoleon, der Epoche der Aufklärung, der Entstehung einer Reformbewegung – und vom Holocaust, der diese Entwicklungen wieder gänzlich zunichte machte.

Das deutsche Judentum ist für seine Bereicherung des jüdischen Lebens, Säkularliteratur, Kunst, Musik und Wissenschaft bekannt: für Rashi, den mittelalterlichen jüdischen Tora-Gelehrten;⁴ Moses Mendelssohn, den Philosophen der Haskala, der „jüdischen Aufklärung“; Rabbi Samson Raphael Hirsch, den intellektuellen Begründer des modernen orthodoxen Judentums; Rabbi Abraham Geiger, den Begründer des Reformjudentums; und Rabbi Zacharias Frankel, den Vater des konservativen Judentums – sie alle waren deutsche Juden, wie auch die Geschwister Felix und Fanny Mendelssohn, beide berühmte Komponisten, Dichter Heinrich Heine und Physiker Alber Einstein, die entweder Juden waren oder jüdische Wurzeln hatten. Ihre Namen zählen zu den berühmtesten, denen man auf einer virtuellen Reise durch 1600 Jahre jüdische Geschichte im Jüdischen Museum Berlin begegnet. Doch auch auf dem Land gab es Juden – Pferdehändler, Bauern, Handwerker. Sie waren einfache Händler und Geschäftsleute; wie Glückel aus Hameln, eine jüdische Geschäftsfrau, deren Tagebücher – im Museum sind Ausschnitte daraus zu sehen – Aufschluss darüber geben, wie das Alltagsleben für deutsche Juden im späten siebzehnten und frühen achtzehnten Jahrhundert aussah. Außerdem erfährt der Besucher von Regina Jonas aus Berlin, die 1935 als allererste

1 Orbach, L. und Orbach-Smith, V.: Soaring Underground: A Young Fugitive's Life in Nazi Berlin, Compass Press, Washington, D.C. 1996, S. 5.

2 Ders., S. 7.

3 Gidal, N.T.: Die Juden in Deutschland – von der Römerzeit zur Weimarer Republik, Koenemann Verlagsgesellschaft mbH, Köln 1996, S. 10.

4 Obwohl Rashi meist mit Frankreich in Verbindung gebracht wird, verbrachte er den Großteil seiner prägenden Jahre in den berühmten mittelalterlichen Städten Worms und Mainz.

Frau zur Rabbinerin ordiniert und später in Auschwitz ermordet wurde.

Wie Amos Elon in seinem Buch „The Pity of it All“ schreibt: „[...] Die Juden Deutschlands hörten nie damit auf, zu versuchen, ihre deutsche und ihre jüdische Identität miteinander zu verschmelzen. Ihr Herzenswunsch war es schon früh, vollkommene Deutsche zu sein. Vielen gelang es. Wenn nun im Nachhinein ihr Erfolg als Illusion erscheint, war es doch häufig eine äußerst kreative Illusion mit einer eigenen Größe.“⁵

Gegenwärtig befinden wir uns in einer neuen Phase. Der Holocaust liegt noch nicht lange zurück, die jüdische Bevölkerung ist etwa ein Drittel so groß, wie sie es vor der Machtergreifung war. Anders als der junge Lothar Orbach können nur noch wenige Juden von deutschen Wurzeln berichten, statt dessen kommen sie heutzutage meist aus dem östlichen Europa und der ehemaligen Sowjetunion. Fragen danach, ob sie in Deutschland sesshaft werden – ob sie sich weiterhin als jüdisch bezeichnen, als säkular, orthodox, reformiert, oder anders –, bleiben zunächst offen.

Sollten Juden in Deutschland auf gepackten Koffern sitzen? Diese Frage wurde von prominenten Mitgliedern der Gemeinde, allesamt Überlebende des nationalsozialistischen Regimes,

mit einem beherzten „Nein“ beantwortet. Doch mit jedem antisemitischen Vorfall – ob von seiten der extremen Linken oder radikalen Rechten, von islamistischen Extremisten oder vom Zentrum der Gesellschaft ausgehend – stellt sich die Frage erneut: Wie stark ist diese Demokratie, wie sicher sind Juden in Deutschland und in Europa?

Larry Orbach reflektiert in seinen Memoiren: „Ein Leben später schaue ich zurück und frage mich, ob ich es irgendwie hätte vorhersehen können, dass meine ganze Welt, alles, worauf ich vertraute und woran ich glaubte, im Begriff war, sich aufzulösen [...]. Nein, ich wusste es damals nicht. Ich wusste, dass sich etwas sehr Schlimmes ereignet hatte, dass die Verhältnisse in meinem Deutschland so nicht sein sollten. Aber ich machte mir keine Vorstellung von dem, was noch bevorstand.“⁶

Dieses böse Erwachen, diese Spannung zwischen der Bereitschaft zum Vertrauen und dem tiefen Misstrauen in eine Gesellschaft, in deren Mitte man lebt, charakterisierte das jüdische Leben im Laufe der Jahrhunderte und ist über alle Maßen verständlich. Die jüngeren Generationen werden das nicht vergessen, aber sie hängen der Vergangenheit nicht nach. Statt dessen gestalten sie eine jüdische Zukunft in einem neuen Deutschland. Trotz all seiner Neurosen, Ambivalenzen und versteckten Bedrohungen ist Deutschland doch eines geworden – ihr Zuhause.

5 Elon, A.: The Pity of it All: A Portrait of the German-English Epoch, 1743-1933, Metropolitan Books, USA 2002, S. 8.

6 Orbach, S. 8.

1 Allgemeine Daten zu deutschen Juden und deutsch-jüdischen Organisationen

Die jüdische Bevölkerung Deutschlands hat sich im Zuge der Wiedervereinigung drastisch verändert. Während sich die jüdische Nachkriegsbevölkerung auf etwa 25.000 belief – die meisten von ihnen Überlebende des Holocaust aus dem östlichen Europa und ihre Nachkommen – leben in Deutschland heute mehr als 240.000 Menschen jüdischer Abstammung.⁷

Der größte jüdische Dachverband – der Zentralrat der Juden in Deutschland – umfasst gegenwärtig:

- 23 Landesverbände in sechzehn Bundesländern;
- 108 jüdische Gemeinden;
- Etwa 105.000 Mitglieder, überwiegend Zuwanderer aus Osteuropa und russischsprachigen Regionen (die übrigen 135.000 sind keine Mitglieder; manche gelten als nicht halachisch, d.h. werden unter Anwendung der jüdischen Gesetze nicht als Juden anerkannt);
- Ein Spektrum der religiösen Denominationen von streng orthodoxen über Reform und Masorti/konservative Gemeinden bis hin zu liberalen, progressiven (nichtpatrilinealen) und Jewish Renewal Gemeinden

Berlins jüdische Gemeinde ist mit 11.500 Mitgliedern die größte; hinzu kommen bis zu doppelt so viele jüdische Nichtmitglieder, unter ihnen 10.000-15.000 Israelis. Andere Städte mit großen Gemeinden sind München, Frankfurt, Düsseldorf, Köln, Hannover, Stuttgart und Hamburg.

Von Berlin einmal abgesehen, ist die jüdische Bevölkerung auch im Osten Deutschlands allgemein beachtlich gewachsen: Während 1990 im damaligen Osten noch 400 Mitglieder auf sieben Gemeinden verteilt waren, sind es heute siebzehn Gemeinden mit insgesamt 18.600 Mitgliedern.⁸

Der Zentralrat der Juden wurde 1950 gegründet und versteht sich als Dachverband der 108 Gemeinden in Deutschland. Letztere gehören zur sogenannten Einheitsgemeinde, die sich um die Finanzierung der einzelnen Gemeinden kümmert. Während die Nachkriegsgemeinden üblicherweise orthodox oder traditionell orientiert waren, wächst die Akzeptanz der liberalen Strömungen des Judentums. 2006 ließ der Zentralrat erstmals Gemeinden zu, die der „Union Progressiver Juden“ (UPJ) angehören, was zur Folge hat, dass nun auch diesen Gemeinden staatliche Gelder zufließen.

Die Anerkennung des sogenannten „halachischen“ Status stellt eine besondere Problematik dar, denn viele Juden aus der ehemaligen Sowjetunion fühlen sich in gewissem Maße jüdisch, obwohl sie keine jüdische Mutter haben. Und sie fordern von den Institutionen mehr Akzeptanz.

Die Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland (ZWST) hat ihren Sitz in Frankfurt am Main. Sie wurde 1917 gegründet und widmet sich vor allem der Unterstützung neuer Gemeindemitglieder.

7 Der Internetauftritt des Zentralrats erwähnt, dass 220.000 jüdische Menschen seit 1989 als sogenannte „Quotenflüchtlinge“ nach Deutschland immigrierten. Diese kommen zu den 20.000-30.000 bereits vor 1989 in Deutschland lebenden Juden hinzu. Vgl.: <http://www.zentralratjuden.de/de/topic/62.html>

8 Vgl. Jahresbericht der Zentralwohlfahrtsstelle 2012 und Internetauftritt des Zentralrats der Juden in Deutschland. Mehr Informationen über Juden in Ostdeutschland unter: <http://www.zentralratjuden.de/de/topic/65.html>

2 Schlüsselerfolge und Meilensteine der letzten 20 Jahre

Für die deutsch-jüdische Gemeinde zählen folgende Schlüsselerfolge und Meilensteine seit dem Mauerfall vor 24 Jahren zu den bedeutendsten:

- Die Immigration von mehr als 200.000 Menschen mit jüdischen Wurzeln nach Deutschland;⁹
- Das Aufkommen einer neuen jüdischen Nachkriegs-Führungsgeneration;
- Der Umzug des Zentralrats nach Berlin.

Jene politischen Veränderungen, die zu einem erheblichen Bevölkerungszuwachs führten, trieben auch andere Entwicklungen mit Auswirkung auf das jüdische Leben voran: der Zusammenbruch Ostdeutschlands und des Sowjetblocks; die Wiedervereinigung Deutschlands (1990) und der Wechsel der Hauptstadt von Bonn zu Berlin (1999); sowie der wachsende zeitliche Abstand zum Holocaust.

Auf der Website des Zentralrats ist dieser Zeitabschnitt wie folgt zusammengefasst:¹⁰ „Unter sowjetischen Juden machte sich angesichts der politischen Veränderungen in der Sowjetunion nicht nur Freude, sondern auch Angst vor wachsendem Antisemitismus breit. Viele Juden suchten Zuflucht in Deutschland. 1991 führten Bundes- und Länderregierungen offizielle Einwanderungsregeln für Juden der ehemaligen UdSSR ein, was sie zu ‚Kontingentflüchtlingen‘ werden ließ. Im Laufe der letzten zwanzig Jahre kamen 220.000 Menschen im Rahmen der ‚jüdischen Immigration‘ nach Deutschland. Etwa die Hälfte sind religiösen Kriterien zufolge Juden, weitere 50 Prozent sind jüdischer Abstammung oder mit Juden verheiratete Nichtjuden.“

Von Deutschland wird oft behauptet, aufgrund des Holocaust eine „besondere Beziehung“

9 Vgl. DellaPergola, S.: World Jewish Population 2010. Storrs, Connecticut: North American Jewish Data Bank, 2010. Download unter: www.jewishdatabank.org/Reports/World_Jewish_Population_2010.pdf, S. 48.

10 Vgl. www.zentralratjuden.de/de/topic/1.html

zu seiner eigenen jüdischen Bevölkerung und zu Israel zu pflegen. Diese drückt sich zum Teil durch Reparationszahlungen an Holocaustüberlebende aus, durch politische und finanzielle Unterstützung von Israel sowie durch finanzielle Förderung jüdischer Gemeinden in Deutschland. Darüber hinaus aber findet sie Ausdruck in Deutschlands Kultur der Erinnerung und in sensibilisierenden Bildungsangeboten für ein breites deutsches Publikum.

Einer nationalsozialistischen Volkszählung zufolge lebten 1933 rund 522.000 Juden in Deutschland, inklusive denen, die anderen Glaubensgemeinschaften beigetreten waren. Etwa 304.000 Juden flohen aus dem nationalsozialistischen Deutschland; viele von ihnen wurden schließlich aus anderen Ländern deportiert und während des Holocaust ermordet.

Zu Kriegsbeginn lebten noch ca. 214.000 Juden innerhalb der deutschen Grenzen von 1937. Laut United States Holocaust Memorial Museum waren zum Ende des Krieges zwischen 160.000 und 180.000 von ihnen dem Holocaust zum Opfer gefallen.¹¹ Etwa 8.000 Juden konnten in Berlin überleben, weil sie sich versteckt hielten oder mit Nichtjuden verheiratet waren. Insgesamt überlebten ca. 15.000 deutsche Juden den Holocaust auf deutschem Boden.

Nach Kriegsende wurden etwa 200.000 Juden osteuropäischer Herkunft von DP-Lagern (*displaced persons camps*) auf deutschem Boden aufgenommen. Die meisten dieser Juden verließen Anfang der fünfziger Jahre das Land. Entsprechend gab es 1950 laut Zentralrat nur noch 15.000 jüdische Gemeindemitglieder in Westdeutschland (Bundesrepublik Deutschland),¹² im kommunistischen Ostdeutschland (Deutsche Demokratische Republik) waren es nur wenige Hundert.

11 Vgl. www.ushmm.org/wlc/en/article.php?ModuleId=10005469

12 Mehr über die jüdische Gemeinde im ehemaligen Westdeutschland auf der Website des Zentralrats unter: <http://www.zentralratjuden.de/de/topic/66.html>

Die Zahl der in West- und Ostdeutschland lebenden Juden blieb bis zum Ende des Kalten Krieges nahezu konstant.

Auflösung der UdSSR und jüdische Migration

Wenige Jahre vor der Auflösung des kommunistischen Blocks meinte Erich Honecker, Generalsekretär der regierenden SED von 1971 bis 1989, in der Beschäftigung mit den Juden und der historischen Verantwortung Gesamtdeutschlands für den Holocaust eine Chance auf politische Rettung zu haben. Zuvor hatte der kommunistische Staat den einzigartigen Charakter des an europäischen Juden begangenen Völkermords geleugnet und Westdeutschland als natürlichen Nachfolger des nationalsozialistischen Staats bezeichnet. Ostdeutschland hingegen wurde als Erbe des deutschen Widerstands stilisiert.

In den letzten Jahren seines Regimes kurbelte Honecker das Gedenken an den Holocaust an, knüpfte Beziehungen zum World Jewish Congress, kündigte erstmals Wiedergutmachungszahlungen für jüdische Holocaust-Überlebende an (die jedoch nicht erfolgten) und versprach den Anstoß zur Restaurierung der Neuen Synagoge in Ostberlin – angeblich, um sich eine Einladung ins Weiße Haus zu sichern. Mit dem Wiederaufbau der Synagoge wurde 1988 begonnen.

Im November des Jahres 1989 folgte der Mauerfall; er setzte einen Prozess in Gang, der zur Wiedervereinigung von Ost- und Westdeutschland führen sollte. Honecker wurde 1989 seines Amtes enthoben und zog nach Chile, wo er 1994 starb.

Vor der Wiedervereinigung mehrten sich die Gerüchte, dass der Antisemitismus im Ostblock wieder auflebe. Anfang 1990 riefen jüdische Aktivisten im ehemaligen Osten den Zentralen Runden Tisch, der unter Hans Modrow, dem vorletzten Premierminister der DDR, entstanden war, dazu auf, sich mit dem Thema

zu befassen. Irene Runge, eine Ostberliner Jüdin, präsentierte gemeinsam mit dem israelischen Rabbiner Tsevi Weinman den Vorschlag, die Grenzen Ostdeutschlands für sowjetische Juden zu öffnen.¹³

Modrows Regierung unternahm vorerst nichts. Statt dessen war es Lothar de Maizière, als einziger Premier der DDR demokratisch gewählt, der das Regelwerk für die Einwanderung von Juden ins ehemalige Ostdeutschland im Frühling 1990 einführte und die Verhandlungen zu Wiedergutmachungszahlungen mit dem Präsidenten des World Jewish Congress, Edgar Bronfman, vorantrieb. Laut Runge war es den westdeutschen Führungskräften zunächst nicht ganz geheuer, der jüdischen Immigration die Tore zu öffnen – schließlich handelte es sich nicht um jüdische Flüchtlinge, da sie auch nach Israel hätten auswandern können. Als aber die Vereinigung der deutschen Staaten unumgänglich schien, wuchs auch der Druck auf Westdeutschland, sich der Einwanderung sowjetischer Juden zu öffnen.

Heinz Galinski, damaliger Zentralratspräsident, vertrat standhaft die Meinung, dass die deutsche Regierung die sowjetischen Juden nicht im Stich lassen könne: „Es geht nicht an, dass deutsche Politiker für religiös Verfolgte ein Kopfbildverfahren einführen. Unbestritten ist, dass der Antisemitismus in der Sowjetunion Menschenjagd-Charakter angenommen hat. Für viele Tausende von Menschen geht es um Leben und Tod.“¹⁴

Daraufhin schlug die Bundesregierung vor, die jüdischen Flüchtlinge aus der ehemaligen Sowjetunion als „Kontingentflüchtlinge“ zu klassifizieren. Im Jahr 1991 initiierten

13 Runge, I.: Das große Wunder einer kleinen jüdischen Einwanderung, in Hagalil, 2007, unter: <http://www.hagalil.com/01/de/Juden.php?itemid=787>

14 Berndt, J.: Ich weiß, ich bin kein Bequemer... Heinz Galinski – Mahner, Streiter, Stimme der Überlebenden, be.bra verlag, Berlin 2012, S. 242.

die Innenminister der Länder die Kontingentflüchtlingsregelung.¹⁵

Wolfgang Schäuble – damaliger Innenminister und Leiter der Gespräche zur Wiedervereinigung – stimmte dem Vorhaben zu, wie auch Galinski und sein Stellvertreter Ignatz Bubis, ebenfalls ein Überlebender des Holocaust, berichtet Autorin Juliane Berndt. Wie Schäuble der Autorin erklärte: “Das hieß, dass diese Zuwanderer gleichmäßig auf die einzelnen Bundesländer verteilt wurden. Grundlage hierfür war 1991 ein Beschluß der Innenministerkonferenz [vom 9. Januar 1991].”¹⁶

Die Freude der Deutschen über die Wiedervereinigung ließ beim Rest der Welt auch Nervosität aufkommen; nicht jeder – einschließlich vieler Juden in Deutschland – begrüßte die vermeintliche Rückkehr dieser starken Nation. In den frühen neunziger Jahren veranlasste eine Reihe aufsehenerregender, fremdenfeindlicher und antisemitischer Anschläge im ehemaligen Osten – wie der Beschuss der Lübecker Synagoge mit Brandbomben im Jahr 1994 – einige Juden dazu, das Land zu verlassen.

Doch regten diese Vorfälle auch amerikanisch-jüdische Organisationen – welche zuvor gezögert hatten, jüdisches Leben in jenem Land gutzuheißen, das den Holocaust zu verantworten hatte – dazu an, auf Solidaritätsreisen zu gehen.

Bis zu diesem Zeitpunkt hatte Nachkriegs-westdeutschland – immer darauf bedacht, seine Beziehungen zum Westen zu stärken – viel in Sachen Vergangenheitsbewältigung getan, und wandte sich sogar an ehemalige deutsche Juden mit der Einladung, einmal das „neue Deutschland“ zu besuchen. Nun nahm das vereinigte Deutschland diesen Kurs auf, indem es Antisemitismus und andere Formen der Fremdenfeindlichkeit öffentlich anging und jüdische Führungskräfte im Ausland (vorrangig in Israel, den USA und dem Vereinigten Königreich) dazu einlud, sich vom

15 Dementsprechend „wurden Einreisevisa für Juden aus der Sowjetunion von Fall zu Fall gewährt, analog zur Anwendung der deutschen Kontingentflüchtlingsregelung, allerdings ohne Deckelung von Anzahl und Zeitraum. Die Kapazitäten der einzelnen Bundesländer, Neuankömmlinge aufzunehmen, wurden berücksichtigt.“ <http://www.zentralratdjuden.de/en/topic/155.html>

16 Berndt, S. 242.

hiesigen neuen jüdischen Leben ein eigenes Bild zu machen.

Derartige Bemühungen waren politisch besonders wichtig, da das vereinte Deutschland seine Macht erstmals seit dem Krieg wieder in Berlin zu konzentrieren begann. Zynische Zungen mögen behaupten, dass die Anwesenheit von Juden in der Hauptstadt und anderswo von der deutschen Regierung als Zeichen nach außen gesendet wurde, dass man wieder Vertrauen in Deutschland schöpfen und sich auf gemeinsame Geschäfte und Politik einlassen konnte.

Die Verlegung der Hauptstadt hatte, so ein Interviewpartner, „Einfluss darauf, wie Deutschland von sich selbst denkt, und automatisch auch auf seine Einstellung gegenüber Juden.“

In der Tat sagte Heinz Galinski Anfang 1990, wenige Monate nach dem Mauerfall, dass der Zentralrat seiner Meinung nach ebenfalls von seinem Nachkriegshauptquartier in Frankfurt wieder nach Berlin umsiedeln solle.¹⁷

Deutschland konnte nun für sich verbuchen, eine der am schnellsten wachsenden jüdischen Gemeinschaften der Welt zu haben, bis fünfzehn Jahre später ein neues Einwanderungsgesetz verabschiedet wurde.

Das Gesetz aus dem Jahr 2005 führte ein Punktesystem für künftige jüdische Einwanderer ein, welches nicht zuletzt den auf jüdischen Gemeinden lastenden Druck zur Integration von Neuankömmlingen bedeutend reduzierte. Auch Israel hatte Deutschland dazu angehalten, seine Einwanderungsgesetze zu verschärfen, nachdem 2004 deutlich geworden war, dass es mehr Juden aus der ehemaligen Sowjetunion nach Deutschland zog als in den jüdischen Staat.

Ein Interviewpartner kommentierte, Israel habe “[...] natürlich nicht gerne gesehen, dass die [sowjetischen Juden] auch nach Deutschland gekommen sind, das war so ein Knackpunkt.”

Die neue Regelung, vom Zentralrat der Juden akzeptiert, sah vor, dass jeder Jude, der sich um die deutsche Staatsbürgerschaft bewarb, mindestens 50 von 105 möglichen

17 Ders., S. 237.

Punkten erreichen musste. Für Überlebende nationalsozialistischer Verfolgung würden Ausnahmen gelten.

Zu den wichtigsten Kriterien im Punktesystem zählten Ausbildung und Erfahrung im Beruf. Deutsche Sprachkenntnisse brachten 25 Punkte. Vorteile hatten Bewerber unter 45 Jahren mit Hochschulabschluss und Berufserfahrung.

Diese Neuregelung hatte zur Folge, dass bis September des Jahres 2006 nur 617 jüdische Immigranten nach Deutschland kamen, zu vergleichen mit – laut deutschem Innenministerium – durchschnittlichen 15.000 jüdischen Einwanderern pro Jahr von 1995 bis 2005.

Das neue Gesetz schob der jüdischen Einwanderung zwar einen Riegel vor, doch das Kontingentflüchtlingengesetz aus dem Jahr 1991 hatte bereits Wirkung gezeigt: Die große Mehrheit der Interviewpartner war der Meinung, dass dieser Meilenstein nach 1990 den größten Einfluss auf das jüdische Leben in Deutschland hatte.

Herausforderungen der Integration

Die Integration der Neuankömmlinge war nicht ganz einfach: der große Zulauf einer kulturell und muttersprachlich anders geprägten Gruppe belastete die etablierten Gemeinden schwer und führte bisweilen zu Argwohn bei Alteingesessenen wie neu Zugewanderten.

Mitglieder der etablierten Nachkriegsgemeinschaft – darunter viele Überlebende aus Osteuropa – zweifelten an der demokratischen Orientierung der neuen Einwanderer und hegten den Verdacht, dass sie Deutschlands Großzügigkeit ausnützten. Neuankömmlinge waren nicht davon überzeugt, dass die etablierten Gemeinden ihre Macht mit der neuen Mehrheit würden teilen wollen.

Ein Teilnehmer der Diskussionsgruppe berichtete von einer Bekannten aus einer etablierten Gemeinde, die angab, mit den neuen Einwanderern „nichts anfangen“ zu können: „Ja, habe ich zu ihr gesagt, du kommst doch selber aus Osteuropa, und sie sagte, aber ich bin deutsche Jüdin und selbst mein Name ist deutsch. Die sehen sich heute als Deutsche im Gegensatz zu den Russen.“

Einige behaupteten, dass den Stereotypen auch gewisse Wahrheiten zugrunde lägen. Eine weitere Teilnehmerin der Diskussionsrunde, ebenfalls eine Jüdin aus der ehemaligen Sowjetunion, gab an, sie selbst habe nicht weniger als zehn Jahre gebraucht, um „ein bisschen demokratisch zu denken [...]“. Einige sind auch so geblieben, die sich nicht integrieren wollten.“

Viele Juden aus der ehemaligen UdSSR waren gut ausgebildete, ältere Berufserfahrene, die in ihrem neuen Heimatland keine Arbeit fanden. Diejenigen, die einer jüdischen Gemeinde beitraten, hatten oft nicht genug Einkommen, um die Gemeindesteuer zu zahlen, die gemeinhin für Sprachunterricht, berufliche Weiterbildung, Vereine und religiöse Programme eingesetzt wurde. Darüber hinaus ergab sich aus dem Wachstum der Gemeinden im ganzen Land die Notwendigkeit, eine neue Infrastruktur von Synagogen, Schulen und Gemeindezentren zu schaffen.

„Das Wachstum gerade in den ersten Jahren bis 1996/97 war rasant und hat viele Gemeinden auch teilweise überrannt, überfordert, wenn man so will“, sagte ein Interviewpartner. „Dortmund als Beispiel ist von 300 auf 3.500 gewachsen, darauf konnte man gar nicht so schnell reagieren und war [...] auch nicht bereit dafür.“

Eine andere Gesprächspartnerin stimmte dem zu; die Gemeinden seien „völlig überlastet [gewesen], und die haben auch ihre Funktionen geändert, die Gemeinde ist eher so eine Art Dienstleistung [geworden],“ sagte die junge Frau, die auch anmerkte, dass sie „vorher nicht mit russisch sprechenden Juden [...] zu tun hatte und so interessant es auch war, war es auch eine Mentalität, mit der ich vorher nicht bekannt war und das merke ich erst im Nachhinein, wenn ich zurückblicke, dass es jetzt für mich so normal ist, [...] dass die russisch sind. Das ist so normal, tausend Dimas und Maschas zu kennen.“

Es dauerte einige Jahre, bis die neuen Strukturen eingerichtet werden konnten und die neuen Gemeindemitglieder auch bereit waren, sich in sie einzufügen. Ein Teilnehmer gab an, dass die erste Ordination inländisch ausgebildeter Rabbiner ein besonders bedeutsames Zeichen des Fortschritts gewesen sei – denn, dass „[...] sowohl orthodoxe als

auch liberale als auch Chabad Rabbiner ausgebildet werden, das ist schon etwas, was man sich 1990 nicht mal im Traum hätte vorstellen können.“

„Früher gab es nur Rabbiner, die im Ausland ihre Ordination und Ausbildung gemacht haben, hauptsächlich aus Israel, aus Amerika oder England, häufig auch nicht muttersprachlich deutsch“, merkte er an.

Wie es ein Gesprächspartner mit deutschem Hintergrund formulierte, sei abzusehen gewesen, dass derartig tiefgreifende Veränderungen auch ihre Nachteile haben würden. Die kulturellen Muster der zwei Gruppen waren grundverschieden und führten zu Konflikten.

Doch ergaben sich aus dieser Reibung auch positive Entwicklungen: Hinsichtlich des Ausbaus jüdischen Lebens im Nachkriegsdeutschland hat keine andere Phase einen derartigen Zuwachs an Dynamik, Lebendigkeit, Einfluss und Programmentwicklung mit sich gebracht.

Eine Interviewpartnerin sagte: „Die Geschichte der jüdischen Gemeinschaft in Deutschland seit den Neunzigern ist definitiv eine Geschichte des Wachstums und der Entwicklung. Die Schlüsselmomente waren dabei der enorme Zulauf sowie die vielfältige, neu eingerichtete Infrastruktur.“

Mit dem Zuwachs habe sich auch eine größere Normalität eingestellt. Der Legitimationsdruck ließe nach. „Also, diese immer wiederkehrende Frage Wie kann man als Jude in Deutschland leben?! Und auch das Bedürfnis, sich von der nichtjüdischen Umwelt abzugrenzen, das hat auch nachgelassen.“

Juden fühlten sich mittlerweile inmitten der deutschen nichtjüdischen Gesellschaft deutlich wohler. „Es gibt eine zunehmende Offenheit von jüdischen Gemeinden der nichtjüdischen Öffentlichkeit gegenüber. Dadurch passiert einfach auch mehr Dialog, mehr Auseinandersetzung. Und es gibt eine größere Bereitschaft, die inneren Spannungen, die ja unweigerlich entstehen, auch offen auszutragen.“

Die Interviewpartnerin ist der Auffassung, dass „eben dadurch die Juden in Deutschland allmählich lernen, mit der vielbeschwoenen, aber

in der Realität nicht immer behaglichen Vielfalt umzugehen.“

“Die Einwanderer haben die Gemeinden nicht nur in Bezug auf die Zahlen, sondern auch hinsichtlich der Auslegung ihrer ‚Jüdischkeit‘ bereichert. Sie brachten ein soziales, gesellschaftliches und ethnisches Verständnis des Jüdischseins mit, das Elemente der russischen Kultur miteinschließt. In ihrer Definition des Jüdischseins kann die Gemeinde heute auf mehrere Verständnisse und Auslegungen der jüdischen Zugehörigkeit zugreifen: kulturell, religiös, gesellschaftlich. Eine solche Verständnismultifunktionalität sorgt auch dafür, dass es für die Einheitsgemeinde schwierig ist, alle Gruppierungen unter einem Dach zu vereinen.“

Letztendlich sei das jüdische Leben nach all diesen Veränderungen nicht mehr so exotisch – und innerhalb der nächsten fünfzehn Jahre würden die Neuankömmlinge zu Alteingesessenen und Integrationsförderung somit überflüssig, merkte eine Teilnehmerin an.

“Das ist eine schöne Sache, ohne Grenzen, ohne Mauern [...]“, fand eine weitere Gesprächspartnerin. „In der letzten Zeit erleben wir auch eine steigende Zahl von Israelis, die hierher kommen. Und jeder, der dazukommt, hinterlässt seine Spuren oder bewirkt etwas.“

Der Holocaust rückt in den Hintergrund

Ein weiterer wichtiger Faktor mit Einfluss auf das jüdische Gemeindeleben ist die wachsende zeitliche Distanz zum Holocaust. Wenngleich das Gedenken gefördert und gelebt wird, spielt es doch keine zentrale Rolle im Gemeinschaftsleben mehr. Diese Veränderung manifestiert sich in der Gemeindeleitung: indem jüngere Juden in Führungspositionen aufsteigen, verschiebt sich der Schwerpunkt – weg vom Gedenken hin zur Bewältigung von den Problemen, die die dynamische, zunehmend vielfältige Gemeinschaft mit sich bringt.

Beim Übergang zu einem neuen jüdischen Leben spielte Ignatz Bubis, Jahrgang 1927, Vorsitzender der jüdischen Gemeinde in Frankfurt und später Präsident des Zentralrats, eine entscheidende Rolle. Als Überlebender des Holocaust bestätigte er eine deutsch-jüdische Existenz und hebelte die Fiktion der auf gepackten Koffern sitzenden jüdischen Gemeinde aus: Die Juden würden

bleiben, auch als Teil einer multikulturellen Gesellschaft in Deutschland. Im Laufe seiner Amtszeit wurden die Pläne für die Errichtung eines nationalen Holocaust-Denkmal in Berlin, das Denkmal für die ermordeten Juden Europas, realisiert. Es wurde 2005 eingeweiht, sechs Jahre nach Bubis Tod.

Als 2006 – ausgerechnet zum Jahrestag des als ‚Kristallnacht‘ bekannten Novemberpogroms – die jüdische Gemeinde Münchens eine neue Synagoge und ein neues Kulturzentrum in der Stadtmitte einweihte, sagte auch die Leiterin dieser Gemeinde, die damalige Präsidentin des Zentralrats Charlotte Knobloch, dass es für Juden an der Zeit sei, „ihre Koffer wieder auszupacken.“ Inzwischen relativierte sie ihre Aussage wieder, da sie besonders in Deutschlands rechtsradikalen Extremisten, im allgemeinen Anti-Israel-Trend und in den Angriffen auf jüdische Religionsfreiheit (z.B. auf das Recht auf Beschneidung) potentielle Gefahren zu sehen glaubt. Allerdings müssten Juden nicht mehr vor sich selbst oder anderen das Leben in Deutschland rechtfertigen, betonte sie.

Eine Interviewpartnerin wies auf die generationsübergreifende Notwendigkeit hin: “was nicht weniger wichtig ist[;] das Auspacken der Koffer auch der Generation, die hier aufgewachsen ist”, sagte sie.

Selbstverständlich besteht bei manchen die Sorge, dass der Holocaust und seine Erfahrungswerte mit der Zeit in Vergessenheit geraten könnten – unter Juden wie unter Nichtjuden. Juden werden nicht zuletzt auch als eine Art moralischer Kompass in Deutschland betrachtet; eines der letzten dramatischen Beispiele hierfür ergab sich aus einer Rede des bekannten deutschen Schriftstellers Martin Walser, (der gerade den höchsten Literaturpreis entgegennahm,) in der er Auschwitz als gegen die Deutschen verwendete ‚Moralkeule‘ bezeichnete.

Bubis, damals Präsident des Zentralrats, verließ die Verleihungszeremonie und attackierte Walsers Aussage später teilweise, indem er ihm vorwarf, die Diskussion über den Holocaust ein für alle mal verstummen lassen zu wollen. Obgleich Bubis und Walser sich später teilweise versöhnten, warf die Walser-Bubis-Debatte einen Schatten über das Verhältnis von Juden und Nichtjuden in Deutschland.

In ihrem 2006 zu diesem Thema erschienenen Essay schreibt Sandra Lustig: „Wie viele anderen Debatten über Juden und Antisemitismus in Deutschland zuvor und seither bewies die Walser-Bubis-Debatte nicht etwa gegenseitigen Respekt und Empathie, sondern legte eine Atmosphäre offen, die es möglich machte, antisemitische Gefühle zu äußern, zu diskutieren, und sie monatelang zu verteidigen, ohne je eine unmittelbare, starke und eindeutige Reaktion der breiten Öffentlichkeit hervorzurufen. Natürlich gab es auch Rückhalt für Bubis, aber erst, nachdem er allein gegen Walsers Rede protestiert hatte. Es ist das Fehlen einer unmissverständlichen Reaktion der Öffentlichkeit, das problematisch ist, viel problematischer als die persönliche Meinung eines bestimmten Schriftstellers.“¹⁸

Keiner vermag sich mit mehr Gewicht in eine solche Diskussion einzubringen als ein Überlebender des Holocaust. Um es mit den Worten eines Interviewpartners zu sagen, „der Tod Bubis [im Jahr 1999], dem Präsidenten des Zentralrats, markierte einen Übergang für die jüdische Gemeinschaft... Ich denke, dass Bubis die letzte moralische Autorität darstellte.“

Beide seiner Nachfolger – Paul Spiegel und Charlotte Knobloch – hatten den Holocaust als Kinder in Verstecken überlebt. Ihr persönliches Schicksal bewegte auch sie dazu, sich gegen Antisemitismus, Holocaustleugnung und Fremdenfeindlichkeit einzusetzen, und eine starke, kompromisslose Position gegenüber Diktatoren und Faschismus zu vertreten.

Die neue Generation von Führungskräften – vertreten durch Dr. Dieter Graumann, den ersten Präsidenten des Zentralrats, der nach dem Krieg (1950) geboren wurde – tritt weiterhin für liberal und soziale Ideale ein, die in der kollektiven Erinnerung an den Holocaust fußen.

Jedoch sei, wie ein Teilnehmer sagte, “Die Erfahrung der *Shoah* [...] in der jungen Generation nicht mehr der wichtigste Ansatzpunkt für

18 Lustig, S.: The Germans Will Never Forgive the Jews for Auschwitz. When Things Go Wrong in the Jewish Space: The Case of the Walser-Bubis Debate, in Turning the Kaleidoscope: Perspectives on European Jewry, Lustig, S. und Leveson, L., Herausgeber, Berghahn Books, New York und Oxford 2006, S. 213.

das Verhältnis zur deutschen nichtjüdischen Gesellschaft.“

Die Frage stellt sich, ob bzw. inwiefern diese neuen jüdischen Führungskräfte – und die angeblich besonderen Beziehungen zwischen Deutschland

und seiner jüdischen Bevölkerung, wie auch zwischen Deutschland und Israel – von deutschen Politikern ebenso ernst genommen werden wie ihre Vorläufer. Untergräbt die Empfindung des zunehmenden Abstands zum Holocaust vielleicht die breite Unterstützung für Israel?

3 Förderung und Philanthropie

In Deutschland existiert keine flächendeckende, mit der des Vereinigten Königreiches bzw. der USA vergleichbare interne jüdische Wohltätigkeitstradition. Zwar spenden einzelne Privatleute großzügig an jüdische Bildungseinrichtungen und unterstützen wöchentliche Schabbatfeiern, jedoch wird die Arbeit des Zentralrats und der jüdischen Gemeinden unter seinem Dach vor allem durch Steuern und Staatszuschüsse finanziert.

Seit 1990 investierten private jüdische Philanthropen aus den USA – unter ihnen Ronald S. Lauder und der verstorbene Sami Rohr, Organisationen wie die UJA-Federation und Oligarchen aus der ehemaligen Sowjetunion wie beispielsweise Lew Lewajew – viele Millionen in jüdische Projekte auf deutschem Boden. Das American Jewish Joint Distribution Committee (JDC) unterhält verschiedene Programme, zum Beispiel einen Kindergarten in Berlin (wobei das Pyramidensystem von Bernard L. Madoff das tragische Aus für viele großzügige jüdische Stiftungen bedeutet hat).

Hinzu kommt Unterstützung von seiten der deutschen Industriefundings – von Volkswagen bis Deutsche Bank, von Henkel bis Thyssen – für Programme mit einer jüdischen Komponente. Die Axel Springer Stiftung und die Bertelsmann Stiftung bieten Programme zur Förderung des interreligiösen Dialogs und Austauschreisen nach Israel.

Insgesamt gesehen, sind private Geldgeber in der Minderheit. Ein Interviewpartner erwähnte, dass die deutsche Gesellschaft „keine besonders philanthropisch orientierte Gesellschaft ist. Und aus historischen Gründen überschüttet Deutschland auf Bundes- und Landesebene die jüdischen Gemeinden und Juden in den letzten Jahrzehnten nur so mit Geldern. Dabei entsteht kein – oder nur ein sehr eingeschränktes – Gefühl philanthropischer Verpflichtung. Mit anderen Worten, warum sollte ich [zahlen], wenn die Stadt dafür aufkommt?“

„Wie viele jüdische Organisationen sind derzeit aktiv in die Finanzierung in Deutschland eingebunden?“, fragte er rhetorisch. „Ich meine

nicht die deutschen Stiftungen, ich rede von jüdischen Stiftungen, internationalen jüdischen Stiftungen.

Es gibt keine lokal ansässigen Stiftungen, keine. Da ist niemand. Ein paar einzelne Privatleute hier und da, die Geld geben, aber es gibt keine Stiftungen, die mit der Rothschild Foundation [(Hanadiv) Europe] in London oder den Rothschild-Brüdern in Frankreich vergleichbar wären oder mit einer Reihe von anderen, mit der Genesis Philanthropic Group zum Beispiel.“

Ein anderer Interviewpartner erklärte die Lage so: „Es ist einfach nicht üblich, dass man sich im großen Maße spendenbereit zeigt; wenn, dann für notleidende, hungernde Kinder in Afrika, oder Flutopfer, wenn es um das Eingemachte geht, aber einem Museum oder einer kulturellen Einrichtung oder einer jüdischen Gemeinde Geld spenden im größeren Maße, ist in Deutschland fast unbekannt [...]. In Amerika, England oder anderen Ländern leben die jüdischen Gemeinden nur vom Funding, leben nur von Spenden. In Deutschland ist das nicht so, in Deutschland ist das das Sahnehäubchen oben drauf. [...] Privates Funding ist für viele noch ein halbes Fremdwort. Es geht langsam los, mit der Rothschild Foundation [(Hanadiv) Europe] oder mit dem Pincus Fund.“

Alle deutschen Staatsbürger, die sich der jüdischen, protestantischen oder katholischen Glaubensgemeinschaft anschließen, zahlen eine von ihrer Einkommenssteuer abhängige Kirchensteuer (zusätzliche neun Prozent). Diese Kirchensteuer wird den Glaubensgemeinschaften vom Staat proportional zu ihrer Mitgliederzahl ausgezahlt. Darüber hinaus unterstützt die Regierung den Zentralrat mit einer jährlichen Subventionierung. [In Deutschland leben mehr als vier Millionen Muslime, von denen die meisten türkische Wurzeln haben. Islamische Gemeinden verfügen nicht über einen derartigen Vertrag mit der Regierung, da ihnen keine Dachorganisation übergeordnet ist, die sich mit der Verteilung der Gelder befassen könnte.]

Die Bundesregierung beschloss im Jahr 2002, die finanzielle Unterstützung für die jüdische

Gemeinschaft, deren Mitgliederzahl sich seit 1990 vervierfacht hatte, drastisch zu erhöhen. Zwischen Regierung und Zentralrat wurde ein noch nie dagewesener Vertrag abgeschlossen (ähnlich den bestehenden Verträgen mit den evangelischen und katholischen Kirchen). Der Vertrag sah vor, dass Deutschland das Budget für den Zentralrat um ein Dreifaches erhöhen würde – auf fast vier Millionen Euro pro Jahr. Bundeskanzler Gerhard Schröder und Paul Spiegel, damaliger Präsident des Zentralrats, unterzeichneten den Vertrag im Frühjahr 2003.

Die finanzielle Unterstützung wurde zwischenzeitlich weiter angehoben. 2011 stockte die Regierung den Betrag auf zehn Millionen Euro pro Jahr für die nächsten fünf Jahre auf. Daneben fließt Unterstützung durch Staatsverträge auf Landesebene.

In Deutschland sind die meisten jüdischen Gemeinden auf die Unterstützung von staatlichen und kommunalen Organisationen angewiesen, was bei der etablierten Nachkriegsgemeinde zu einer gewissen Missgunst geführt hat. Diese weicht jedoch allmählich der wachsenden Überzeugung, dass das Geben an andere gleichermaßen notwendig ist wie das Einfordern.

Von einem Gesprächspartner wurde angemerkt, dass die Bundesregierung mitunter große Programme mit vielen Millionen von Euro im Jahr fördere, wie zum Beispiel das Abraham Geiger Kolleg (eine progressive Rabbinerschule) und das ELES Stipendienprogramm für besonders begabte jüdische Studenten. Auch das neue Zentrum für Jüdische Studien Berlin-Brandenburg wird in den kommenden fünf Jahren Unterstützung von der Bundesregierung erhalten.

Auf der einen Seite freue er sich über diese Unterstützung. Doch „[...] die ganze Struktur Deutschlands als Wohlfahrtsstaat macht mir wenig deutlich, wie man durch privates Fundraising wirklich strukturelle Schwerpunkte verändern könnte“ – in Deutschland werde letztendlich das alles vom Staat finanziert.

Ein Gesprächspartner, dessen Programme Unterstützung vom Pincus Fund erhalten haben, gab an, dass der damit verbundene Verwaltungsaufwand „immer sehr groß“ sei.

„Die staatlichen Zuwendungen bilden die Grundinfrastruktur und die Schwierigkeit ist, dass die staatlichen Zuwendungen tendenziell das Bestehende fördern und finanzieren. [...] Aber für das spezifische jüdische Extra muss man noch mal nach anderen Töpfen gucken.“

Einem Interviewpartner zufolge kam ein Großteil der Förderung in den letzten Jahren von außerhalb. „Die Ronald S. Lauder Foundation und Chabad waren in den vergangenen zwanzig Jahren die wohl einflussreichsten philanthropischen Institutionen. Ihre religiösen Programme und breite Infrastruktur bieten genau das, wonach viele junge, russischsprachige Juden suchen: ein authentisches Judentum mit einer klaren Struktur und Verhaltensmustern, mit verlässlichen und bedeutungsvollen Normen mit autoritativem Charakter, und die Infrastruktur, um ein entsprechendes jüdisches Leben führen zu können. Des weiteren unterstützen sich Gleichgesinnte gegenseitig. Letztendlich haben diese Organisationen die Mittel, um ihre Mitglieder, die oft auf Hilfe angewiesen sind, finanziell zu unterstützen.“

Für neue Initiativen sei es wichtig, sich Startgeld von außen zu sichern, um die Möglichkeit zu haben, abseits der Gemeinde zu wachsen, sagte ein Teilnehmer. Sobald sich ein Programm etabliert habe, solle man versuchen, es unter die Federführung der Gemeinde zu bringen. „Wenn du schlau bist und vorsichtig, wenn du in den richtigen Augenblicken politisch oder unpolitisch bist, dann wirst du in eine Position rücken, in der die bestehenden ‚Strukturen‘ einsehen, dass es in ihrem Interesse ist, dich zu unterstützen“, lautete eine andere Antwort. „Denn, wenn sie es nicht tun, dann werden all die guten und aufregenden und kreativen Dinge außerhalb der Strukturen geschehen, und das ist nicht im Sinne der Strukturen.“

Ein weiterer Gesprächspartner stimmte zu, dass Förderung von außerhalb dazu beitragen könne, die Zukunft zu gestalten und deutsch-jüdische Führungskräfte von ihrer vermeintlichen Selbstzufriedenheit aufzurütteln.

„Die Amerikaner sind die einzigen mit der Herangehensweise, die wir brauchen – wir müssen unser Gemeinschaftsleben amerikanisieren. [...] Sie wissen ja, Evaluierung und Prüfung der

Investitionen folgen dem Geld, also hoffe ich, dass amerikanisches Geld auch eine amerikanische Herangehensweise für diese Projekte mit sich bringt. Und hoffentlich werden die Geber das Geld in Projekte fließen lassen, die effektiv und hilfreich und innovativ sind. Ich sehe das nicht von den hiesigen Akteuren ausgehen, und schon gar nicht von den Russen.“

Ein großes Problem werde sich auftun, wenn die staatlichen Verträge mit dem Zentralrat auslaufen und die Förderung gekürzt wird, merkten einige Gesprächspartner an.

Ein Teilnehmer sagte, er ziehe es im Allgemeinen vor, Unterstützung vom Staat zu erhalten und nicht aus privaten Quellen zu schöpfen. Dafür, „den selben Aufwand in den staatlichen Sektor zu verwenden, kriege ich 10 mal soviel Geld für eine längere Dauer und es würde mir gar nicht einfallen, eine Stiftung mit reinzunehmen, die sind meist noch inflexibler, während der Staat ja sich in die Inhalte gar nicht einmischt, wegen der Trennung von Staat und Kirche [...]. Und hier könnten die Stiftungen eine wesentliche Brückenfunktion entwickeln, dass sie diejenigen fördern, die Innovation bereit sind zu organisieren, aber dann bitte nicht mit 5.000 Euro hier und da, sondern dann muss man schon andere Summen auf den Tisch legen.“

Wie ein anderer Interviewpartner sagte, „geht es nicht nur darum, heute das Geld für ein Projekt zu bekommen.“ Man müsse sich „eine langfristige Perspektive zulegen, auf den Aufbau jüdischen Lebens in Deutschland setzen [...] es scheint eine bestimmte Vorsicht im Spiel zu sein, wenn es darum geht, das, was heute für mein Projekt gut ist, gegen das einzutauschen, was auf lange Sicht für mein Volk gut wäre.“

Wiedergutmachung

Während Ostdeutschland nie Reparationszahlungen entrichtete, setzte Westdeutschland den Prozess der materiellen Entschädigung für Überlebende bereits in den fünfziger Jahren in Gang. Zahlungen wurden überwiegend an Überlebende in Westeuropa, den USA und Israel geleistet und von der Conference

for Jewish Material Claims Against Germany (www.claimscon.org) verteilt, welche 1951 gegründet wurde und 23 bedeutende nationale und internationale jüdische Organisationen repräsentierte.

Nach dem Zusammenbruch der ehemaligen Sowjetunion erhielten auch Überlebende im Ostblock Wiedergutmachungszahlungen.

In Westeuropa, unter anderem in Deutschland, kämpfte die Claims Conference um die Rückgabe von Eigentum an einstige Besitzer oder Erben; wo keine Eigentümer ermittelt werden konnten, nahm die Claims Conference den Verkauf der Besitztümer in die Hand, mit dessen Erlös sie Programme zur weltweiten Unterstützung von Holocaustüberlebenden förderte.

Nach der deutschen Wiedervereinigung wurde rasch versucht zu klären, wem die Grundstücke im Osten ursprünglich gehörten; noch Jahre nach der Wende blieben Flächen im ehemaligen Ostberlin solange unbebaut oder wurden Häuser nicht eher instand gesetzt, als die rechtmäßigen Besitzer feststanden. Dementsprechend trifft man auch heute noch dort auf Baustellen in Ostberlin, wo jüngst die letzten Fälle „arisierter“ Grundstücke geklärt wurden.

Seit der Aushandlung einer Vereinbarung mit Westdeutschland im Jahr 1952 hat Deutschland mehr als sechzig Milliarden Dollar Reparationszahlungen geleistet.

Im Jahr 2000, nach jahrelangen Verhandlungen mit stellvertretenden Organisationen, richteten die deutsche Regierung und Industrie einen 5,2 Milliarden Euro Fonds ein, der zur Entschädigung von ehemaligen Zwangsarbeitern jeglicher Herkunft dient. Ein Teil der Gelder wurde für Bildungsprojekte zu Themen rund um die Zwangsarbeit bereitgestellt.

Ein Interviewpartner bedauerte, dass die Reparationsgelder der Claims Conference zur Verteilung überwiesen würden, anstatt „daraus einen nationalen Stiftungstopf zu schaffen“, aus dem neue Projekte gefördert werden könnten.

4 Jüdisches Gemeinschaftsleben und seine Organisationen

Der Zentralrat ist die nationale, vereinigende Körperschaft für das Judentum im Nachkriegsdeutschland. Unter seinem Dach kommen Organisationen aus allen sechzehn Bundesländern zusammen, zu denen auch die meisten Gemeinden gehören. Größere Städte haben ihre eigenen Einheitsgemeinden sowie unabhängige Gemeinden, die nicht Teil der etablierten Struktur sind, beispielsweise in Städten wie Berlin, Frankfurt und München.

Das schon vor dem Zweiten Weltkrieg bestehende System der jüdischen Einheitsgemeinden wurde in Westdeutschland wieder eingeführt – mit sämtlichen kommunalen Strukturen unter einem Dach zusammengefasst. Allerdings war die Reformbewegung¹⁹, die im neunzehnten Jahrhundert in Deutschland entstand, für die meisten Überlebenden osteuropäischer Herkunft nicht relevant. Dementsprechend waren die wenigen aktiven Synagogen der Nachkriegszeit traditionell ausgerichtet, mit getrennten Sitzgelegenheiten für Männer und Frauen, um den Bedürfnissen der Mehrheit ihrer Mitglieder nachzukommen. Alternativen wurden von amerikanischen

Militärgeistlichen angeboten, die das Reformjudentum im Land seiner Entstehung wieder einführten.

Der Abzug amerikanischer Truppen infolge der Wiedervereinigung brachte auch die Abreise dieser Geistlichen mit sich: Lokale jüdische Aktivisten würden nun die Sache selbst in die Hand nehmen müssen, wenn sie egalitäre Gottesdienste abhalten wollten, schließlich war die Einheitsgemeinde traditionell eingestellt.

In den neunziger Jahren wurden mit Hilfe amerikanischer und britischer Organisationen reformierte und progressive Gemeinden ins Leben gerufen. Häufig wurden sie von denjenigen gegründet, die zuvor eine amerikanische Militärgemeinde besucht hatten und diese Alternative nun vermissen. Als der Zentralrat 2005 erstmals Gemeinden in den Dachverband aufnahm, die zur Union of Progressive Jews gehörten – aus Schleswig-Holstein und Niedersachsen – gab es bereits zwanzig solcher Gemeinden in ganz Deutschland, die von etwa sieben Rabbinern und rabbinischen Studenten betreut wurden. Heute sind es laut Irith Michelsohn, Geschäftsführerin der Union of Progressive Jews, bereits vierundzwanzig Mitglieder; die Gemeinde in Bielefeld (Nordrheinwestfalen) befindet sich mittlerweile auch unter dem Dach des Zentralrats.

Ein leitender Geistlicher der Liberalen sagte, es sei ihnen „gelungen, in den letzten 20 Jahren die Struktur der jüdischen Gemeinschaft zu verändern, dass der Zentralrat der Juden in Deutschland sich mittlerweile als plurale, politische Dachorganisation sieht und darunter eben neue Institutionen entstanden sind wie z.B. die Allgemeine Rabbinerkonferenz, der ich auch angehöre, die die nicht orthodoxen Rabbiner verbindet neben der orthodoxen Rabbinerkonferenz [...]. Das heißt also, diese Philosophie der klaren religiösen Ausrichtung nach verschiedenen Denominationen ist eines der hervorstechendsten Merkmale der letzten 20 Jahre.“

¹⁹ Die Union of Progressive Jews (UPJ) in Deutschland schließt Reform und liberale Kongregationen ein. Anders als in den USA erkennt Deutschlands Reformbewegung patrilineale Juden offiziell nicht an, obwohl sie nichtjüdische Ehepartner und Kinder zur Teilnahme ermutigt, um sie zur Konversion zu bewegen. Reform-Gemeinden sind egalitär, während der Gottesdienste wird Hebräisch und Deutsch gesprochen und religiöse Gebote wie die Einhaltung der Kaschrut sind optional. Die Reformbewegung entstand Anfang des 19. Jahrhunderts in Deutschland: Der Begriff für die nicht-orthodoxe Strömung im Mainstream lautete liberales Judentum oder liberal-religiöses Judentum. In einer der ‚liberalen‘ Berliner Synagogen sitzen Männer und Frauen heute getrennt. Frauen werden auch beim minyan (Mindestanzahl von Erwachsenen, die bei bestimmten religiösen Pflichten erforderlich ist) nicht mitgezählt. Andererseits kommen am Schabbat Orgelmusik und ein gemischter Chor zum Einsatz. Die Kongregationen der UPJ bauen auf vollkommene Gleichstellung.

Ein anderer leitender Geistlicher sagte, dass die Pluralisierung des jüdischen Lebens nicht ohne die massive Zuwanderung möglich gewesen wäre.

Politische Interessen und Ziele

Die heutigen jüdischen Führungskräfte setzen die Prioritäten für jüdische Gemeinden fest und pflegen einen offenen Austausch mit politischen Eliten. Der jetzige Präsident des Zentralrats, Dr. Dieter Graumann, und der langjährige Generalsekretär Stephan Kramer äußern sich meist öffentlich zu Themen wie Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit und Religionsfreiheit. Wenn die politische Unterstützung für Israel abzuebben droht, sprechen jüdische Vertreter oft ihre Bedenken über diese Entwicklung aus.

In den Reden, die Dr. Graumann seit seiner Wahl zum Präsidenten gehalten hat, wiederholte er oft, dass sein zentrales Anliegen darin bestehe, Kontinuität für jüdisches Leben in Deutschland sicherzustellen, und dabei der Jugend und der Integration von Juden aus der ehemaligen Sowjetunion besondere Aufmerksamkeit zu schenken.

Europas wirtschaftliche Probleme sind in den letzten Jahren auch an jüdischen Gemeinden nicht spurlos vorübergegangen. Trotz staatlicher Förderung müssen manche Gemeinden mit einem Sparhaushalt zurechtkommen, was dazu führt, dass sie sich an externe Träger wie Chabad wenden, um einige Dienstleistungen auszulagern. So lassen sich zwar Kosten reduzieren, doch wachsen gleichzeitig auch Einfluss, Macht und Mitgliederzahl von externen Trägern, während bestehende Gemeinden diese zu einem gewissen Grad einbüßen.

Outsourcing

Das Thema Outsourcing (d.h., Dienstleistungen außerhalb der traditionellen Einheitsgemeinde zu beziehen) ist hochaktuell, da zu Sparmaßnahmen gezwungene Gemeinden außenstehende Organisationen wie Chabad mit Dienstleistungen beauftragen, die traditionell im Aufgabenbereich der Gemeinden liegen – von der Bildung über gemeinschaftliche Aktivitäten bis hin zur

Altenpflege. Diese unabhängigen jüdischen Organisationen werden von den Gemeinden sowohl als Dorn im Auge als auch als Inspiration wahrgenommen.

„Es gibt einen starken nichtdeutschen Einfluss auf Führungsebene mancher neuer Programme“, sagte ein Beobachter. „Manche der wichtigsten Leute, die an der Gestaltung beteiligt sind, sind zwar deutsche Juden, aber fast jeder von ihnen hat Zeit im Ausland verbracht. Sie bringen viel Erfahrung mit jüdischem Leben in anderen Ländern mit.“

Die Wichtigkeit (bzw. die Verpflichtung von) ausländischen jüdischen Institutionen sei für manche der etablierten Gemeindeorganisationen schwer zu akzeptieren. Sie würden auf Außenstehende mit einer „Sagt uns nicht, was wir zu tun haben“-Einstellung reagieren, so der Beobachter weiter.

Ein Interviewpartner erzählte uns, der Berliner Chabad-Rabbiner mache „statt dessen eine Jewish Parade, kann er ja, ist mir aber zu amerikanisch. Finde ich nicht gut, wer mitmachen will, soll [...] Sie machen sehr viel, auch Positives. Sie kriegen Leute von Null auf 100. Meistens russische Juden. Ich kenne zwei, deren Eltern sind Juden, die sind ultraorthodox geworden. Ob das positiv ist, ich weiß es nicht, das sollen andere beurteilen. Das schafft nur Chabad.“

[...Der Rabbi] hat dann noch gefragt, ob er eine Grundschule machen darf; klar, du darfst keine Grundschule machen, aber er hat nicht gefragt, ob er eine Synagoge machen kann, er hat nicht gefragt, ob er ein jüdisches Jugendzentrum machen darf [...] – also wenn er sich hier breit macht, bitte schön, aber dann doch nicht auf Gemeindegeldern.

[...] Lauder macht ja schon sein Ding ganz alleine ohne die Gemeinde. [...] Wenn irgendwelche Menschen kommen und sagen, wir sind die Orthodoxen, dann kann eine Einheitsgemeinde auseinanderbrechen.“

Teilweise sind derartige Reaktionen wohl den ambivalenten Gefühlen von in den USA oder andernorts in Europa lebenden Juden gegenüber den im Nachkriegsdeutschland lebenden Juden geschuldet. So führte ein Gesprächspartner aus: „Manche haben mir erzählt, dass sie in den Siebzigern während des Studiums zu Treffen europäisch-jüdischer Studenten gegangen sind und die anderen keine deutsch-jüdischen Studenten dabei haben wollten [...] wenn man damit aufwächst“, nehme man später ihren Rat nicht gerne an. „Du sagst: Scher dich zum Teufel, ich will von dir nicht hören, wie ich meine Programme zu leiten habe.“

Das American Jewish Committee war die erste ausländische Organisation, die zum Westdeutschland der Nachkriegszeit eine enge Beziehung aufbaute. Nach jahrzehntelanger Arbeit für die Demokratisierung des Landes eröffnete das AJC 1997 sein erstes Büro in Berlin. Es beschäftigt sich mit politischen und sozialen Themen, unter anderem auch mit Antisemitismus, Wiedergutmachungszahlungen und der Beziehung zu Israel. Im Allgemeinen meidet es religiöse Themen, solange es die Religionsfreiheit nicht in Gefahr sieht, ausgenommen z.B. die aktuelle Debatte um das Verbot ritueller Beschneidung von Juden und Moslems in Deutschland.

Zwar haben auch andere amerikanisch-jüdische Nichtregierungsorganisationen in der Vergangenheit Programme in Deutschland umgesetzt und sind hier weiterhin aktiv – u.a. das JDC und die Anti Defamation League –, doch hat bisher keine weitere amerikanische politische Gruppe hier ein eigenständiges Büro eröffnet.

1988 schickte die amerikanische Chabad Lubavitch Organisation auf dringenden Wunsch von Rabbi Menachem Mendel Schneerson ihren ersten entsandten nach München. Der Lubavitcher Rebbe hatte Deutschland zuvor als Tabuzone abgetan; als sich große Veränderungen ankündigten und sich abzeichnete, dass viele Juden nach Deutschland ziehen würden, änderte er seine Meinung. Heute ist Chabad in sechzehn deutschen Städten vertreten.

Der Philanthrop und ehemalige amerikanische Botschafter in Österreich, Ronald S. Lauder, führte 1997 seine ersten Programme in Deutschland ein; diese wurden schließlich

zu der Organisation Lauder Yeshurun zusammengeführt, wozu heute auch die Yeshivat Beis Zion und die Midrasha in Berlin gehören (Einrichtungen für das Torastudium für Männer bzw. für Frauen), Sensibilisierungsprogramme für Jugendliche und Studenten an mehreren Standorten, sowie ein Kindergarten und eine Grundschule – um den Bedarf zu decken, den die wachsende Gruppe junger Familien im Umfeld der Berliner Institutionen hervorruft.

Trotz des Misstrauens, das man ausländischen Organisationen entgegenbringt, ist ihr Erfolg überzeugend. Die Programme von Chabad, Lauder und Limmud (auf dem britischen Modell basierendes, nicht konfessionsgebundenes Festival jüdischen Lernens) sind in Deutschland ausnahmslos erfolgreich.

Eine Interviewpartnerin hob beispielsweise an Limmud besonders positiv hervor, dass es zur Beschäftigung „mit meinem eigenen Judentum in verschiedenen Formen“ anrege, was für das auf Einbezug verschiedener Strömungen bedachte deutsche Judentum von besonderer Bedeutung sei.

Dass die Limmud-Initiative aus dem Ausland komme – in diesem Fall aus dem Vereinigten Königreich – sei dabei gänzlich unproblematisch, sagte sie. „Strukturell ist es ja sehr jüdisch, es ist ja nicht was britisches, was dann übergestülpt wurde. [Aber] sagen wir so, in Großbritannien sind die Limmud-Freiwilligen [oft] im Hauptberuf [...] Jewish educators, Rabbiner, [...] oder in anderen gesellschaftlichen Kontexten engagiert und bringen diese Erfahrung mit [...], während es hier [nicht so ist].“ Die Teilnehmerin hielt eine gewisse Professionalisierung für empfehlenswert: „Das wäre so eine Frage, ob man [in Deutschland] nicht ein Limmud-Büro aufbauen müsste.“

Von einem anderen Interviewpartner wurde auch Chabad ein positiver Ansatz bescheinigt: „Chabad versteht sich darauf, mit Menschen zu arbeiten – nicht nur mit jungen Leuten – versteht, wie man sie auf eine neue Art und Weise motiviert und ihr Interesse weckt, so dass sie erkennen, was Jüdisch-Sein nicht bedeutet, nämlich in den Achtzigern hängengeblieben zu sein.“

4.1 Religiöse Einrichtungen und religiöses Leben

Die wachsende Diversifizierung des jüdischen Lebens hat zur Folge, dass mehr religiöse Lehrer und Rabbiner gebraucht werden, was wiederum (seit 1999) zur Einrichtung zweier neuer rabbinischer Seminare geführt hat, einem reformierten und einem orthodoxen. 2003 wurde die erste von zwei neuen rabbinischen Konferenzen ins Leben gerufen, die beide unter dem Dach des Zentralrats stehen: die Orthodoxe Rabbinerkonferenz Deutschland mit 45 Mitgliedern und die zwei Jahre darauf gegründete Allgemeine Rabbinerkonferenz (für konservative, Reform und andere nicht-orthodoxe Rabbiner). Unter den 27 Mitgliedern der Letzteren befinden sich auch Repräsentanten der liberalen/progressiven/Masorti Kongregationen, darunter fünf Rabbinerinnen (eine regelrechte Revolution für Deutschland, das seit dem Krieg nur eine einzige Rabbinerin – die Schweizerin Bea Wyler – kannte, die bereits in den Ruhestand gegangen ist.) Jede rabbinische Organisation hat ein sogenanntes Beth Din (jüdisches Gericht), das Übertritte absegnen und andere jüdische Rechtsurteile fällen kann.

Diese Diversifizierung spiegelt eine totale Veränderung des jüdischen Lebens in Deutschland wider.

Die kleinen jüdischen Nachkriegsgemeinden, zu deren Mitgliedern vorrangig osteuropäische Überlebende zählten, waren traditionell aufgestellt, damit möglichst viele Menschen am Gemeindeleben teilhaben konnten. Wie bereits erwähnt, führte das phänomenale Wachstum der jüdischen Bevölkerung nach 1990 zu einer grundlegenden Neuaufstellung.

Ein Aktivist der progressiven Bewegung sagte, die ersten Jahre nach 1990 seien „mehr oder weniger Schock und Chaos gewesen und jetzt geht es um die Konsolidierung, die ist vielleicht seit 10 Jahren unterwegs.“

Veränderungen haben sich an vielen Fronten ereignet:

- Reform (progressives) Judentum: Die Abreise der amerikanischen Militärgeistlichen ebnete den Weg zur Gründung von hausgemachten Reform- bzw. progressiven Kongregationen; die World Union for Progressive Judaism (WUPJ) unterstützte die deutschen Vertreter

bei ihrer Forderung nach mehr Einfluss und Anerkennung vom Zentralrat. 1999 eröffnete die Union Progressiver Juden in Deutschland (UPJ) ihr rabbinisches Seminar, das Abraham Geiger Kolleg.²⁰

- Masorti: Deutschlands erste offizielle Masorti-Gemeinde – an die amerikanische konservative Bewegung gekoppelt – wurde 2002 in Berlin mit dem Ziel gegründet, jüdische Bildung für Kinder, Studenten und Erwachsene der Einheitsgemeinde anzubieten.
- Chabad: Die Chabad Lubavitch Bewegung kam 1988 nach Deutschland und hat heute 25 Zentren im ganzen Land, wovon einige den jeweiligen lokalen Einheitsgemeinden angehören. Wie auch in anderen Ländern, in denen Chabad seine Präsenz verstärkt, haben manche Gemeinden ein ambivalentes Verhältnis zu Chabad, da sie befürchten, dass Chabad die Mitglieder der gemeindeeigenen Synagogen und Schulen abwerben könnte. Im Idealfall ergänzt Chabad das Angebot der Gemeinde und kooperiert mit ihr.²¹
- Lauder: Lauder Yeshurun in Berlin, das ebenfalls unabhängig von der offiziellen Gemeinde agiert, lancierte seine ersten Programme 1997 in Form von Seminaren und Ferienlagern für Jugendliche in Rostock, Halle und Aachen. Im Jahr 2000 eröffnete Lauder Yeshurun eine Yeshiva in Berlin, 2001 in Frankfurt die Lauder Midrasha für Frauen, die später nach Berlin umzog. Im Ostberliner Umfeld dieser Einrichtungen hat sich eine Gemeinde junger Familien gebildet, an die sich orthodoxe Gottesdienste in der Brunnenstraße 33 und der Rykestraße 53 richten, sowie eine Reihe anderer Gemeinschafts- und Bildungsangebote.²²
- Renewal: Einige Rabbiner und Kantoren hierzulande wurden von der amerikanischen ALEPH Jewish Renewal Bewegung ordiniert. 1993 in den USA gegründet, hielt diese auf Gleichberechtigung abzielende Bewegung ihr erstes offizielles Treffen in Berlin 2007 ab. Ihre Anhänger haben eine kleine, unabhängige Kongregation ins Leben gerufen, die regelmäßig in Berlin zusammentrifft.²³

20 Vgl. <http://abraham-geiger-kolleg.de/welcome.html>

21 Vgl. www.chabadberlin.de

22 Vgl. www.lauderyeshurun.de

23 Vgl. www.ohel-hachidusch.org

Eine Folgeentwicklung ist der Bau neuer Synagogen. Seit 1990 wurden fast 30 neue Bauten²⁴ errichtet, manche an Standorten von Synagogen, die beim Pogrom in der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 zerstört wurden.

Laut Ulrich Knufinke, Mitarbeiter am Bet Tefila „Research Center for Jewish Architecture in Europe“ der Technischen Universität Braunschweig (dessen zweiter Standort zur Hebrew University in Jerusalem gehört), sind die Synagogen in Dresden (2001), Köln (2004), München (2006) und Mainz (2010) architektonisch am bemerkenswertesten.²⁵

Im Allgemeinen lobten unsere Interviewpartner die neue Diversifizierung jüdischen Lebens in Deutschland.

Eine sagte: „Insgesamt finde ich die Entwicklung sehr positiv, es gibt eine Vielfalt von Angeboten, man kann das jüdische Leben hier wirklich genießen und rundum gibt es Angebote, [sei es...] in Bildung, Kultur, in Religion, Synagogen, Veranstaltungen [...]“ Sie machte darauf aufmerksam, dass zu einer lebendigen jüdischen Gemeinschaft auch die jüdischen Friedhöfe gehören.

Mit einem Dutzend aktiver Synagogen hat Berlin die jüdische Gemeinde mit der größten Vielfalt. „Wir haben eine sephardische Synagoge von Juden [...], die nicht aus den europäischen Ländern kommen, sondern [...] aus den arabischen Ländern [...], Bulgarien zählt dazu, die islamischen Provinzen der ehemaligen Sowjetunion usw. [...] Wir haben eine konservative [Masorti], eine reforme, eine orthodoxe natürlich [...]. Und jeder findet seine Richtung [...] es gibt Chabad, es gibt Lauder, es gibt alles, einfach alles.“

Doch Veränderungen haben sich nicht nur in Berlin ergeben. „Vor 20 Jahren waren das ein paar verrückte Spinner, die einen nicht-orthodoxen Gottesdienst haben wollten oder Frauen und Männer gleichberechtigt, inzwischen gibt es das in vielen Gemeinden“, sagte eine Teilnehmerin. „Bei Limmud zum Beispiel haben wir die Parallelgottesdienste, und es ist völlig normal,

jetzt gerade beim Jugendkongress der ZWST gab es auch Parallelgottesdienste, und das funktioniert auch.“

Als transkonfessionelles Forum erlaube Limmud seinen Teilnehmern, auch mal etwas neues auszuprobieren, sagte sie. „Im besten Fall schnuppert man auch mal in Gottesdienste rein, in die man zuhause nicht gehen würde oder nicht gehen kann. Das ist dann ganz spannend.“

Letztendlich müsse das Ziel sein, diejenigen mit wenig Erfahrung und wachsendem Interesse anzuleiten, wie sie die Dinge zuhause umsetzen könnten, fügte sie hinzu. Auch zu diesem Zweck richten die Gemeinden Schabbat- und Pessachfeiern aus. „Die Zuwanderer sind ja häufig auf dem jüdischen Ticket nach Deutschland gekommen – und jetzt dafür zu sorgen, dass sie, wenn sie dieses Ticket nicht mehr brauchen, eben noch in der Gemeinde bleiben, das halte ich [zum Teil] für eine ganz schwierige Sache“, merkte sie an.

Trotz der besagten Vielfalt bleibe die Teilnahme an Gottesdiensten besonders unter jungen Erwachsenen oft aus, erzählten manche Beobachter. Doch böten sich auch Lichtblicke, sagte ein Interviewpartner: Auch in kleineren Gemeinden gebe es jetzt zum Teil „fünfmal die Woche Gottesdienst.“

Dass auch koschere Produkte mittlerweile leichter zu erwerben seien, ermutige dazu, an Traditionen festzuhalten, sagte er weiter. Das Internet habe ganz besonders dazu beigetragen, da „[...] man heute Sachen online bestellen kann und dafür nicht mehr extra nach Strassburg oder Antwerpen fahren muss.“

Wie stehen in der ehemaligen Sowjetunion mit ihrer antireligiösen Ideologie aufgewachsene Juden zu dieser Vielfalt an jüdischen Gemeinschaftsangeboten in Deutschland? Es möge überraschend klingen, so ein Interviewpartner, aber wenn sie die Wahl hätten, bevorzugten sie einen traditionellen Einschlag.

„Ich merke wirklich oft, gerade bei russischstämmigen jüdischen Eltern, dass es ihnen sehr wichtig ist, dass ein [Rabbiner] orthodoxer Rabbiner und ein Mann ist. [...] Das ist das Bild des Rabbiners in ihren Augen. Und das haben sie [...] von ihrer Kindheit, das fehlt ihnen.“

24 Vgl. www.zentralratjuden.de/de/topic/387.html

25 Nach einem von der Autorin geführten Interview. Vgl: <http://www.zentralratjuden.de/de/topic/384.html>

Dennoch, sagte ein Interviewpartner, müsse „andererseits [...] berücksichtigt werden, dass russischsprachige Juden, vor allem die jungen, oft nicht an die traditionelle Religionserzählung anknüpfen wollen, sondern ihre eigene Interpretation der Tradition suchen; daher muss [der] Bedarf an informellen Treffs – ohne einen Lehrer – gedeckt werden.“

4.2 Jüdische Bildung

Eine der größten Herausforderungen, mit denen sich die Gemeinden im wiedervereinigten Deutschland seit 1990 befassen, ist der Wiederaufbau jüdischer Bildungseinrichtungen. Die Angebote werden stetig ausgebaut, doch hier und da bleiben immer noch Lücken.

Um die vielfältigen Programme – die zum Großteil nicht vernetzt sind – zu koordinieren und zu unterstützen, kündigte der Zentralrat im September 2012 an, eine neue Bildungsabteilung schaffen zu wollen. „Die Bildungsabteilung hat sich die Aufgabe gestellt, die in der jüdischen Tradition verankerten Bildungsansätze zu fördern“, sie unter ein Dach zu bringen und innovative Ideen zu unterstützen, sowie eine Plattform zu kreieren, auf der sich bestehende Programme innerhalb jüdischer Gemeinden mit Einrichtungen und Organisationen vernetzen und über bewährte Methoden austauschen können.

Die gute Nachricht ist, dass es in Deutschland eine große Bandbreite an Möglichkeiten für jüdisches Leben gibt. Die schlechte Nachricht: Zu wenig Juden zeigen Interesse an jüdischer Bildung.

Zu diesem Fazit kam ein Bericht zum Thema „Juden und jüdische Bildung in Deutschland heute“, für den Wissenschaftler von 2008 bis 2009 rund 1.200 Juden befragten. Obwohl sie sich als jüdisch bezeichneten, hätten Juden demnach oft nur mäßiges Interesse an religiöser Bildung. Inhalte mit Israel-Bezug sind hingegen beliebter, was auf eine starke Identifizierung der Juden in Deutschland mit dem jüdischen Staat schließen lässt.²⁶

26 Executive Summary, Jews and Jewish Education in Germany Today, Volume 1: The Research; Wissenschaftlicher Leiter Ben-Rafael, E., für das Moses Mendelssohn Zentrum Potsdam und die Universität Potsdam, 2010. Die Studie wurde angefertigt für den L.A. Pinus Fund for Jewish Education in the Diaspora mit Sitz in Jerusalem, in

Manche betrachteten das Glas lieber als halbvoll. Vielleicht schickten nicht alle Juden ihre Kinder auf jüdische Schulen. Aber die neuen Schulen würden gut funktionieren, fand ein Interviewpartner. „Das war vor zwanzig Jahren noch nicht vorstellbar.“

Die größten Veränderungen in der Bildungslandschaft haben sich in den Kindergärten und an den Hochschulen ergeben.

Viele jüdische Vor- und Grundschulen – sowohl von Gemeinden betriebene als auch private (Chabad, Lauder, Masorti) – wurden in den letzten zwanzig Jahren eröffnet. Wie bereits erwähnt, gibt es zum ersten Mal seit dem Krieg wieder rabbinische Seminare in Deutschland. Aber die einzige jüdische Oberschule im Land steht in Berlin.

Die Kindergärten sind von besonderer Bedeutung, weil durch sie ganze Familien erreicht werden können.

„Ob Chemnitz, ob Duisburg, auch relativ kleine Gemeinden haben es geschafft, in Kooperation mit anderen Kindergärten eine jüdische Gruppe in einem Kindergarten zu eröffnen,“ sagte eine Befragte. „Das ist ein wichtiger Baustein, denke ich, vor allem weil in den Kindergärten viel mit den Eltern gearbeitet wird, mehr noch als vielleicht in den Grundschulen.“

Laut Zentralrat gibt es in achtzehn deutschen Städten jüdische Kindergärten – davon vier allein in Berlin –, zu denen sowohl die gemeindeeigenen Kindergärten zählen, als auch die von Chabad und Lauder sowie die vom JDC, dessen „Bambinim“ Kindergarten und „Familienclub“²⁷ Treffpunkte für israelische Eltern sind.²⁸

Leider können sich die meisten Gemeinden den nächsten Baustein nicht leisten: die Einrichtung jüdischer Grundschulen. In Berlin sind es drei, in folgenden Städten jeweils eine: Köln, München, Düsseldorf, Hamburg, Frankfurt am Main und Stuttgart.

Kooperation mit der Chais Family Foundation, Pears Foundation, der Schusterman Foundation Israel, Severyn Ashkenazy, der Rosalind u. Arthur Gilbert Foundation und der Edmond J. Sagra Foundation. S. 9.

27 Vgl. <http://bambinim-berlin.de>

28 Vgl. www.zentralratjuden.de/de/topic/586.html

Der Pincus-Bericht bestätigte, dass den jüdischen Gemeinden in Deutschland die Gelder und das qualifizierte Personal fehlen, um ihren Kindern eine jüdische Bildung zu ermöglichen. In manchen Städten kommen gerade genug Kinder zusammen, um jüdische Kindergärten am Laufen zu halten.²⁹

Eine Interviewpartnerin wies darauf hin, dass die Anzahl der Grundschulen tatsächlich allmählich zunehme und jüdischer Religionsunterricht mittlerweile auch an öffentlichen Schulen neben dem protestantischen und katholischen angeboten werde – beispielsweise in Hamburg, München und Frankfurt.

„Da hat sich sehr, sehr viel bewegt. Informelle Bildung, ja die Ferienlager [und Jugendzentren] gab es immer schon“, sagte sie. „Was ich speziell in Berlin beobachte, ist, dass die diversen Synagogen versuchen, Programme zu machen, um Kinder und junge Familien anzuziehen usw. Vor zwanzig Jahren hat das noch keinen interessiert, da war klar, man geht in die Synagoge und Punkt.“

Eine jüdische Lehrerin in Berlin merkte an, dass neben jüdischen auch nichtjüdische Kinder die jüdischen Schulen besuchten. Das habe teilweise damit zu tun, dass viele Schulen vom Staat finanziert würden und für Schüler aller Glaubensgemeinschaften zugänglich sein müssten. „1986, als diese Schule eröffnet wurde, [...] waren [es] 25 Kinder. Und heute sind wir knapp 300“, sagte sie.

4.3 Akademische Jüdische Studien und Erwachsenenbildung

Jüdische Hochschulbildung hat in den letzten zehn Jahren ebenfalls einen Aufschwung erlebt. Während Programme für Jüdische Studien schon lange vor allem nichtjüdische Studenten anlocken, sind Einrichtungen für die Ausbildung jüdischer Lehrer erst seit kurzem dabei, nach Deutschland zurückzukehren.

„Das jüdische intellektuelle Leben befindet sich in einem peinlichen Tief“, sagte ein Interviewpartner. Ein Meilenstein sei demnach gewesen, „[...] dass bestehende Programme von außerhalb im Laufe der letzten Jahre mit Erfolg importiert werden konnten.“

Jüdische Studien: säkular und religiös

Mehrere Universitäten aus dem Berliner Raum gründeten kürzlich eine neue Dachorganisation für fortgeschrittene, säkulare Jüdische Studien-Programme: Das Zentrum Jüdische Studien Berlin-Brandenburg, 2012 eingerichtet, verbindet Programme der Humboldt-Universität zu Berlin, der Freien Universität Berlin, der Technischen Universität Berlin und der Universität Potsdam, wo das Abraham Geiger Kolleg und das Moses Mendelssohn Centre for European Jewish Studies angesiedelt sind. Dem Zentrum soll für einen Zeitraum von fünf Jahren eine Finanzierung vom Bundesministerium für Bildung und Forschung zur Verfügung gestellt werden.

Als erste wissenschaftliche jüdische Einrichtung seit Kriegsende wurde die Hochschule für Jüdische Studien 1979 in Heidelberg unter dem Dach des Zentralrats gegründet.³⁰ Laut Zentralrat wurde sie ins Leben gerufen, um „Forschung und Studium im Bereich der jüdischen Kultur, Geschichte und Religion in Deutschland, nach Tradition der Hochschule für die Wissenschaft des Judentums“ anzubieten und voranzutreiben. Sie bietet Bachelor- und Masterabschlüsse in Jüdischen Studien an, Zertifikate für Lehrer der jüdischen Religion und einen Bachelorstudiengang in jüdischer Religionspraxis. Des Weiteren ist sie ein Ausbildungszentrum für Gelehrte, Lehrer der jüdischen Religion und Rabbiner. Rabbinische Kandidaten vervollständigen ihre Ordination an den zwei akkreditierten Seminaren in Deutschland.

Die akkreditierte Hochschule ist angegliedert an die Universität Heidelberg, wird vom Zentralrat getragen und ist Bewerber aller Konfessionen zugänglich.

Das Institut für die Geschichte des Deutschen Judentums wurde 1966 in Hamburg als erste Forschungseinrichtung in Westdeutschland eröffnet, die sich ausschließlich diesem Thema widmet.³¹

Das Moses Mendelssohn Zentrum für europäisch-jüdische Studien (MMZ)³² ist ein 1992 gegründetes, nach dem jüdischen Philosophen

29 Executive Summary, Jews and Jewish Education in Germany Today, S. 8.

30 Vgl. www.hfjs.eu

31 Vgl. www.igd-jh.de

32 Vgl. www.mmz-potsdam.de

und Aufklärer benanntes interdisziplinäres Forschungszentrum. Als An-Institut der Universität Potsdam ist es maßgeblich am Studiengang „Jüdische Studien/Jewish Studies“ beteiligt.

Ein Studiengang für Jüdische Sozialarbeit³³ wurde 2007 von der Fachhochschule Erfurt in Kooperation mit der ZWST eingeführt. Angeboten wird ein Bachelorabschluss in Jüdischer Sozialarbeit für Mitarbeiter jüdischer Gemeinden; 2012 wurden auch rabbinische Kandidaten des Rabbinerseminars zu Berlin in das Programm aufgenommen. Ein Teilzeit- oder Fernstudium ist möglich.

Das Touro College Berlin³⁴ wurde 2003 als Teil des jüdisch-amerikanischen Touro-Netzwerks gegründet, einer jüdischen Einrichtung, die von Rabbi Bernard Lander ins Leben gerufen wurde. Das College bietet sowohl einen Bachelorstudiengang in International Business Management als auch ein Masterprogramm in Holocaust Communication and Tolerance Studies an.

Die Leo Baeck Summer University in Jewish Studies³⁵ ist eine akkreditierte Einrichtung und bietet ein Masterprogramm für Jüdische Studien in Verbindung mit der Humboldt-Universität zu Berlin an. Die Studierenden sind internationaler Herkunft. Die Unterrichtssprache ist Englisch.

Ausbildung von Rabbinern und anderen jüdischen Lehrern

Die Einführung rabbinischer Studienangebote in Deutschland habe die Lage grundlegend verändert, meinte ein im Ausland ordiniertes Rabbiner. Vor zwanzig Jahren habe noch keine solche Option für angehende Rabbiner existiert, sagte er. „Heute gibt es zwei, sowohl das liberale als auch das orthodoxe Rabbinerseminar in Deutschland, und es sind zum Teil Leute aus den örtlichen, jüdischen Gemeinden selber, das ist ein Riesenunterschied.“

Wie bereits erwähnt, gründete die Union of Progressive Jews in Germany 1999 das Rabbinerseminar Abraham Geiger Kolleg, angegliedert an die Universität Potsdam, das

2001 seine Türen für Studenten öffnete. 2008 wurde auch ein Kantorenseminar eingeführt. Das Abraham Geiger Kolleg, dessen Mitträger der Zentralrat ist, hat seit seiner Eröffnung sechzehn Rabbiner ordiniert und drei Kantoren ausgebildet. Das Seminar kooperiert mit dem Institut für Jüdische Studien in Heidelberg und plant, sein Angebot um die Vorbereitung konservativer Rabbiner auszuweiten. Die Zusammenarbeit mit der Allgemeinen Rabbinerkonferenz Deutschland ist besonders eng. Außerdem bietet die neugegründete School of Jewish Theology an der Universität Potsdam in Kooperation mit dem Abraham Geiger Kolleg ab Herbst 2013 auch die Möglichkeit zum Studium mit Schwerpunkt Rabbinat oder Kantorat.

Eine Interviewpartnerin kommentierte: „Mit der Eröffnung des Abraham Geiger Kollegs wurde die Rabbinerausbildung in Deutschland wieder möglich. Auch Frauen werden zu Rabbinerinnen ausgebildet – zum ersten Mal nach dem Kriegsende.“

Eine bemerkenswerte Neuentwicklung sind die seit Herbst 2013 bestehenden, von der School of Jewish Theology der Universität Potsdam in Zusammenarbeit mit dem Geiger Kolleg angebotenen Studienschwerpunkte Rabbinat und Kantorat. Es handelt sich hierbei um eine wirkliche Neuheit in der deutschen Hochschullandschaft, die bis vor kurzem ausschließlich Ausbildungsmöglichkeiten der katholischen und evangelischen theologischen Praxis förderte. (Auch islamische Programme wurden erst kürzlich eingeführt.) Mit 47 eingeschriebenen Studierenden ist der erste Jahrgang bereits überfüllt. Die Dozierenden sind allesamt jüdisch. Das Programm wird von der Bundesregierung, dem Land Brandenburg und dem Zentralrat der Juden in Deutschland gefördert.

Im Jahr 2009 wurde das Rabbinerseminar zu Berlin unter Mitträgerschaft des Zentralrats der Juden in Deutschland und der Ronald S. Lauder Foundation als Nachfolger des Vorkriegsseminars von Rabbi Hildesheimer eröffnet. Seither wurden acht Rabbiner ordiniert. Das Seminar pflegt eine kooperative Partnerschaft mit dem Institut für Jüdische Studien in Heidelberg und lässt seine rabbinischen Kandidaten an der Fachhochschule Erfurt in Jüdischer Sozialarbeit ausbilden. Zudem ist die Zusammenarbeit des Seminars mit der

33 Vgl. www.fh-erfurt.de

34 Vgl. www.touro-college.de

35 Vgl. www.projekte.hu-berlin.de

Orthodoxen Rabbinerkonferenz Deutschland (ORD) sehr eng.

Die Lauder Midrasha für Frauen – gegründet 2001 in Frankfurt am Main, 2006 umgezogen nach Berlin – bietet ihren Studentinnen ein grundlegendes Studium der Tora, der Halacha (jüdisches Religionsgesetz), hebräischen Sprache und jüdischer Tradition. Die meisten der Studentinnen sind russischsprachig und entscheiden sich für eine strenggläubige Lebensführung, auch wenn die Eltern nicht-praktizierende Juden waren.

Eine Befragte hatte sich in ihrer Forschung mit den jungen Juden dieser Gemeinde beschäftigt, die erst hier religiös wurden; sie sagte, es sei faszinierend für sie gewesen, zu sehen, „wie viele von ihnen nicht nur anfangen, ein religiöses Leben zu praktizieren, sondern ihren Eltern und ihren eigenen Kindern beibringen, wie man die Traditionen erhält – wie man den Sabbat und die Festtage begeht, wie man koscher kocht [...]. Ihre religiöse Hingabe und ihre Auffassung des orthodoxen Judentums als einzig richtigen Lebenswandel haben mich zutiefst beeindruckt. Viele von ihnen werden zu privaten wie professionellen Multiplikatoren: Sie sind die Rabbiner, Kantoren, Lehrer, Jugendgruppenkoordinatoren usw. von heute und morgen. Es liegt in ihrer Hand, die Gemeinden in puncto Religion neu zu formen.“

Die meisten rabbinischen Studenten von Chabad in Berlin kommen aus den USA, um einen Teil ihres Studiums an der Yeshiva Gedolah zu absolvieren, die 2007 eröffnet wurde. Im Allgemeinen bleiben diese Studenten nur für ein bis zwei Semester in Deutschland und nehmen während ihres Aufenthalts an Outreach-Programmen von Chabad teil.

Weiterbildungsangebote und Studentenvereinigungen

Die jüdische Gemeinde von Bamberg eröffnete 2009 ein jüdisches Lernzentrum; die Angebote des „Bet Midrash Russit“ richten sich vor allem an Juden, die aus der ehemaligen Sowjetunion emigriert sind.

Der Bundesverband Jüdischer Studierender in Deutschland (BJSd) wurde 1968 für jüdische Studierende im Alter von 18 bis 35 Jahren eingeführt.

Das Ernst Ludwig Ehrlich Studienwerk (ELES) ist ein vom BMBF unterstütztes jüdisches Begabtenförderungswerk. ELES fördert nach den Richtlinien des BMBF besonders begabte jüdische Studierende und Promovierende mit deutscher Staatsangehörigkeit, Staatsangehörigkeit eines EU-Mitgliedsstaates oder dem Status eines Bildungsinländers/einer Bildungsinländerin im Sinne des §8 BAföG für ihre Ausbildung an staatlichen und staatlich anerkannten Hochschulen in Deutschland, der Europäischen Union und der Schweiz. Benannt wurde das Studienwerk nach dem verstorbenen Ernst Ludwig Ehrlich, einem in Deutschland geborenen schweizerisch-jüdischen Philosophen, der 1943 aus dem nationalsozialistischen Deutschland in die Schweiz fliehen konnte. Von 1961 bis 1994 war er Europäischer Direktor von B'nai B'rith. Das Programm wird vom Bundesministerium für Bildung und Forschung getragen.³⁶

Eine Interviewpartnerin sagte, das Studienwerk ELES sei etwas „ganz entscheidendes, weil [es] zu einer Vernetzung der jüdischen Studierenden auch in anderen Fächern massiv beiträgt.“

Andere jüdische Bildungseinrichtungen

Im Jahr 2009 wurde auf der Spur von Leben und Wirken des Pädagogen Janusz Korczak die Europäische Janusz Korczak Akademie gegründet. Korczak war während des Zweiten Weltkriegs Leiter eines Waisenhauses in Polen. Er weigerte sich, seine Schützlinge aufzugeben, und wurde nach Treblinka in den Tod geschickt. Die nach ihm benannte, humanistische jüdische Bildungsinitiative steht allen gesellschaftlichen Gruppen offen. Sie setzt Familienprogramme, Seminare und Pilotprojekte mit wissenschaftlichen und humanitären Zielen um. Kinderrechte und Menschenrechte stehen im Mittelpunkt ihrer Arbeit.³⁷

1992 entstand HATiKVA, ein Bildungs- und Begegnungszentrum für Jüdische Geschichte und Kultur mit Standort Dresden. Es arbeitet eng mit der Jüdischen Gemeinde Dresden und dem Freistaat Sachsen zusammen.³⁸

36 Vgl. www.eles-studienwerk.de

37 Vgl. www.ejka.org

38 Vgl. <http://hatikva.de>

Die Düsseldorfer Kulturakademie für Kinder und Jugendliche, 2007 gegründet, richtet ihr Angebot an Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene.³⁹

Erwachsenenbildung von und für Juden

Tarbut ist ein deutsch-jüdischer Kulturkongress, der in Abständen von etwa achtzehn Monaten von Rachel Salamander und Michael Brenner (Universität München) veranstaltet wird. Der Kongress bietet vor allem Referentenvorträge und konzentriert sich auf bestimmte jüdische Themenschwerpunkte. Veranstaltungsort ist Schloss Elmau in den Bayrischen Alpen unweit von München. Neuigkeiten zu Tarbut werden mündlich weitergegeben – der Kongress unterhält keine Internetpräsenz.⁴⁰

Limmud, die 1980 in England entstandene, beliebte britisch-jüdische Kultur- und Bildungsinitiative, ist seit 2006 in Deutschland aktiv und lädt Juden aller Denominationen, Altersgruppen und Herkunftsländer zur Teilnahme ein. Limmud.de organisiert eine jährliche, viertägige Veranstaltung im Berliner Umland und zwei oder drei Tagesveranstaltungen in anderen Regionen. In Deutschland ist das ehrenamtlich organisierte Programm besonders darauf bedacht, Juden aus der ehemaligen Sowjetunion einzubinden.⁴¹

Bet Deborah ist eine speziell an jüdische Lehrerinnen, Rabbinerinnen und Kantorinnen gerichtete Konferenz. 1998 wurde sie in Deutschland gegründet, Veranstaltungen fanden in Berlin und anderswo in Europa statt. Zuletzt wurde im Februar 2013 in Wien getagt.⁴²

Öffentlich zugängliche jüdische Bildungsprogramme

Viele Nichtjuden in Deutschland interessieren sich für jüdische Programme, Bildungsangebote und Museen, was seine positiven und negativen Aspekte hat.

Ein Teilnehmer der vorliegenden Studie formulierte es folgendermaßen: „Wissenschaftliche Jüdische Studien in diesem Land leiden unter

dem deutlichen Mangel an Juden, was zur Folge hat, dass die Sichtweise innerhalb der Jüdischen Studien eine besonders „un-jüdische“ ist. Ich rede nicht von einer „nichtjüdischen“, sondern einer „un-jüdischen“ Perspektive.“

Im Umkehrschluss behauptete er, dass diejenigen unter den Juden, die im Bereich der nichttheologischen wissenschaftlichen Jüdischen Studien arbeiteten, „zu den wenigen Menschen auf der Welt zählen, deren Diskurs durch den Holocaust nicht verändert wurde.“

Lässt man den Zynismus einmal außen vor, gibt es doch ausreichend interessierte Teilnehmer, um derartige Programme am Laufen halten.

Drei Städte – Berlin, Frankfurt am Main und München – bieten Erwachsenenbildung durch ihre Jüdischen Volkshochschulen an, die allen Interessenten offen stehen. Es gibt hebräische und jiddische Sprachkurse, sowie Kurse zu jüdischer Geschichte, Religion, Philosophie, Kunst und Israel zu belegen.

Die Salomo-Birnbaum-Gesellschaft für Jiddisch in Hamburg e.V. besteht seit Oktober 1995. Ziel der Gesellschaft ist es, die jiddische Sprache und Kultur zu fördern und zu bewahren. Namensgeber Salomo Birnbaum (1891-1989) war vor dem Zweiten Weltkrieg Dozent für jiddische Sprache in Hamburg.⁴³

Derartige Programme tragen entscheidend zum Distanzabbau zwischen Juden und Nichtjuden in Deutschland bei.

Doch es würden noch mehr Programme benötigt, sagte eine Interviewpartnerin. „Es sollte irgendwo lokale Bildungszentren geben und die fehlen.“

4.4 Jüdische Kultur

Das Interesse an jüdischem Leben ist in Deutschland besonders ausgeprägt, unter Juden wie unter Nichtjuden, wie sich am Erfolg der „Offenen Tür“-Veranstaltungen in Jüdischen Einrichtungen und an der hohen Teilnehmerzahl bei jüdischen Kulturveranstaltungen aller Art deutlich erkennen lässt. Mit wachsendem Abstand zum Holocaust konzentrieren sich immer

39 Vgl. www.jgd.de/unsere-gemeinde/kulturakademie

40 Vgl. www.judentum.net/kultur/tarbut.htm

41 Vgl. <http://limmud.de/en>

42 Vgl. www.bet-debora.de

43 Vgl. <http://yiddish-sources.co/salomo-birnbaum-society-hamburg>

mehr Kulturveranstaltungen auf die heutige Vielfalt jüdischen Lebens statt auf die düstere Vergangenheit.

Der Yiddish Summer Weimar ist ein sechswöchiges Sommerfestival unter der Leitung von Musiker Alan Bern, Teil der „Brave Old World“-Klezmergruppe, das mittlerweile auch ein Winterprogramm anbietet.⁴⁴

Das Jüdische Filmfestival Berlin & Potsdam wurde 1995 etabliert und ist eines der ältesten jüdischen Filmfeste in Europa. Vorgeführt werden vorrangig Filme über jüdisches Leben in Deutschland oder weltweit. Gegründet wurde das Filmfestival von Nicola Galliner.⁴⁵

Jüdische Kulturfeste in Berlin⁴⁶, Erfurt, München und anderen Städten bieten Nichtjuden die Möglichkeit, jüdische Musik der Weltklasse und andere Aufführungen, Vorlesungen, sowie Führungen durch jüdische Gebäude und Stadtgebiete zu besuchen. Einer der Befragten merkte an, „[...] die jüdischen Kulturtage, die es jetzt an vielen Orten gibt, [...] vor allem die [als kultureller Leuchtturm zu nennenden] jüdischen Kulturtage in Berlin [...] werden auch außerhalb der jüdischen Gemeinschaft wahrgenommen als ein kulturelles Event – vielleicht sogar in ganz Deutschland.“

„Innerhalb der Gemeinden hat sich kulturell viel, viel mehr getan als im Religiösen oder Kulturbereich“, fügte er hinzu. Da „sehr viele Neueinwanderer ihr Judentum rein kulturell definieren, über die Musik oder Literatur [...] ist [das] der Bereich, wo sehr viele Eigeninitiative [...] kam.“

Eine Teilnehmerin sagte: „Während sich in den 1990er Jahren die kulturellen Veranstaltungen vor allem um die Thematik der *Shoah* drehten, also Gedenkveranstaltungen, Diskussionsrunden, Ausstellungen und so, betreffen sie heute viele verschiedene Aspekte der ‚Jüdischkeit‘. Vor allem die junge Generation besucht Konzerte und Partys, die eine Normalität des jüdischen Lebens in Deutschland inszenieren. Dazu gehören die Partys von

DJs Meshugge, die Sababba oder die Mesiba Partyreihen.“

Die Kontaktpunkte hätten sich durch Integration wie auch aufgrund der Tatsache, dass es mehr jüdische Menschen gebe, die sich angesprochen fühlten, enorm vermehrt, sagte eine andere Befragte. Aber „[...] auch das gesteigerte Interesse von Nichtjuden [seit 1990 spielt eine Rolle], [...] denn man kann kein jüdisches Filmfestival oder eine Großveranstaltung machen“ ohne das Interesse der allgemeinen Öffentlichkeit.

Veröffentlichungen und Rundfunk

Seit 2001 erscheint monatlich in deutscher und russischer Sprache das vom Zentralrat herausgegebene Blatt „Zukunft“. Es befasst sich mit Themen rund um Integrationspolitik, Kultur, Gemeindeleben und Religion.

Der Zentralrat verlegt außerdem die Wochenzeitung Jüdische Allgemeine,⁴⁷ die 1946 als regionale jüdische Zeitung in Düsseldorf gegründet wurde. Später zog die Redaktion erst nach Bonn, 1999 dann nach Berlin um. Zeitweise erschien das Blatt nur alle zwei Monate.

Laut Webauftritt der Jüdischen Allgemeinen folgt sie der Tradition der Allgemeinen Zeitung des Judentums, die 1837 eingeführt und 1922 zum offiziellen Organ des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens wurde. Die letzte Ausgabe erschien am 3. November 1938, wenige Tage vor dem Kristallnachtspogrom gegen Juden und ihre Besitztümer in Deutschland und Österreich.

Die Zeitschrift Jüdisches Berlin⁴⁸ erscheint etwa zehn Mal im Jahr und wird von der Jüdischen Gemeinde von Berlin auf Deutsch und Russisch herausgegeben.

Golem⁴⁹, ein in Berlin ansässiges, ehrenamtlich organisiertes Literaturmagazin mit deutschen, französischen und englischen Inhalten, hat bisher vier Ausgaben verlegt, zuletzt zum Thema Beschneidung (mit Lyrik, Essays und

44 Vgl. www.yiddishsummer.eu

45 Vgl. www.jffb.de

46 Vgl. www.juedische-kulturtag.org

47 Vgl. www.juedische-allgemeine.de

48 Vgl. www.jg-berlin.org/en/about-us/juedisches-berlin.html

49 Vgl. www.golem-journal.de

Kunst). Aufgrund fehlender Gelder ruht der Betrieb zur Zeit.

Die unabhängige, deutschsprachige Jüdische Zeitung⁵⁰ wurde 2005 von der Werner Media Gruppe in Berlin gegründet und erscheint monatlich. Die Gruppe bringt bereits seit 2002 eine jüdische Monatspublikation in russischer Sprache heraus, die sich *Evrejskaja Gazeta*⁵¹ nennt.

2010 gründete die Berliner Filmemacherin Myriam Halberstam den Verlag Ariella Books,⁵² der sich der Veröffentlichung deutschsprachiger Kinderbücher mit jüdischem Inhalt verschrieben hat.

Seit Anfang 2012 gibt es die „Jewish Voice from Germany“, eine englischsprachige Zeitung, die der deutsch-jüdische Schriftsteller Dr. Rafael Seligmann ins Leben gerufen hat. Einmal im Quartal wird sie in Berlin herausgegeben. Ziel der Publikation ist es, Juden mit Nichtjuden und Deutschland mit der Welt zu vernetzen.⁵³

Die Website *haGalil onLine Jüdischer Kultur- u. Informationsdienst e.V.*⁵⁴ wurde 1995 von David Gall eingerichtet; er und Eva Ehrlich, beide in München lebende Juden, betreiben dieses Forum noch immer. Die Seite geht vor allem gegen Antisemitismus und Rechtsextremismus im Internet vor und stellt Daten über Judentum, Juden und Israel zur Verfügung. *HaGalil* versteht sich als Forum für Informationen zum aktuellen jüdischen Leben in Deutschland. Unterstützt wird die Website durch Spenden und Werbeeinnahmen.

In Deutschland gibt es nur wenige jüdische Medien, von denen die meisten durch die jüdische Gemeinde oder den Zentralrat finanziert werden. Einige große Rundfunkanstalten strahlen multikulturelle Formate aus und binden jüdisches Material in ihr Programm ein. Zu den Sendungen mit jüdischem Themenschwerpunkt gehören: „Aus der jüdischen Welt“, freitags im Programm des Deutschlandradio Kultur, wie auch kurze Dokumentationen vor Festtagen; andere jüdische Programme laufen regelmäßig im Deutschlandfunk (*Shalom*), im HR (*Jüdische*

Welt), im NDR (*Shabbat shalom*), im Kulturradio des RBB (*Shalom*), im BR (*Shalom*) und im WDR.

4.5 Erhaltung des jüdischen Kulturerbes

Fragen zum jüdischen Kulturerbe in Deutschland betreffen sowohl die Denkmalpflege als auch die Realisierbarkeit des jüdischen Lebens in der Gegenwart. Dazu gehören zum Beispiel die unternommenen Versuche, den historischen Friedhof Weißensee auf die UNESCO-Liste des Weltkulturerbes setzen zu lassen,⁵⁵ oder das Recht der Juden zu schützen, religiösen Bräuchen wie der Beschneidung und *Kaschrut* (jüdische Speisegesetze) nachzugehen.

In ganz Deutschland wurden Initiativen gestartet, um die von den Nationalsozialisten zerstörten jüdischen Friedhöfe und Synagogen zu erhalten und wieder instand zu setzen. Seit Jahrzehnten kämpfen nichtjüdische Aktivisten um die Rettung jüdischer Geschichte vor dem Vergessen: Sie sammelten Artefakte, gruben rituelle Bäder, die *Mikwaot*, aus, befragten Zeitzeugen zur Judenverfolgung und machten aus Deutschland geflohene Juden ausfindig. Zu manchen bauten sie erfolgreich Kontakt auf.

In vielen Klein- und Großstädten, deren ursprüngliche Synagogen erhalten geblieben sind, wurden die Gebäude für neue Zwecke restauriert: als interreligiöse Begegnungsstätten oder jüdische Museen zum Beispiel.

Anerkennung für solche Projekte gibt es seit 2000 jährlich von Arthur Obermayer, einem amerikanischen Philanthropen mit deutschen Wurzeln. Seine Obermayer Auszeichnungen werden an fünf Individuen verliehen, die „hervorragende freiwillige Beiträge dazu geleistet haben, in Verbindung mit Judentum stehende Geschichte, Erbe, Kultur und/oder Zurückgebliebenes von lokalen deutschen Gemeinden zu erhalten und aufzuzeichnen.“⁵⁶

Das Interesse an der jüdischen Kultur und am Kulturerbe in Deutschland ist groß: Das jüdische Museum in Berlin gehört zu den meistbesuchten Museen des ganzen Landes.

50 Vgl. www.j-zeit.de

51 Vgl. www.e-gazeta.de

52 Vgl. www.ariella-books.com

53 Vgl. <http://jewish-voice-from-germany.de/cms>

54 Vgl. www.hagalil.com

55 Vgl. www.dw.de/unesco-bid-for-berlin-jewish-cemetery/a-1695318-1

56 Vgl. www.obermayer.us/award

Eine Interviewpartnerin kommentierte; „Es gibt unglaublich viele Angebote, es springen so viele Leute darauf an, ich glaube, dass [das Museum] einen ganz positiven Aspekt zur Vermittlung von jüdischem Leben in Deutschland gibt.“

Ein weiteres herausragendes Projekt ist „Synagogen in Deutschland – Eine virtuelle Rekonstruktion“ von Studierenden des Fachbereichs Informations- und Kommunikationstechnologie an der Fakultät für Architektur der Technischen Universität Darmstadt.⁵⁷ Das Projekt lief 1994 an – infolge einer Reihe antisemitischer Vorfälle in Deutschland – und besteht aus virtuellen Abbildungen von mehr als fünfzehn Synagogen, die unter nationalsozialistischer Herrschaft zerstört wurden. Das Ziel des Projekts ist es vor allem, den durch die Zerstörung dieser Bauten dargestellten Verlust zu unterstreichen und auf ihre Geschichte im Kontext der Vernichtung des deutschen und europäischen Judentums hinzuweisen. Mehr als 1.000 Synagogen wurden bei den Novemberpogromen 1938 zerstört.

4.6. Einbindung von jungen Erwachsenen (18 bis 35), Entwicklung von Führungskompetenzen

Sowohl der Zentralrat als auch die ZWST begreifen das Ansprechen junger Menschen als Priorität. Es herrschen nicht unerhebliche Sorgen, dass der große Zugewinn durch die Immigration auf nichts hinauslaufen könnte, sollte die jüngere Generation der Gemeinde den Rücken kehren.

Viele junge Erwachsene verlassen Deutschland bereits und siedeln nach Israel, in die USA oder nach Kanada über – oder ziehen innerhalb Deutschlands um, zum Beispiel aus kleineren Städten in die Metropole Berlin.

Die ZWST und der Zentralrat finanzieren einen jährlichen Jugendkongress mit dem Zweck, den Sorgen der Jugend Gehör zu verschaffen und sie zur Selbsthilfe zu befähigen.

Einer Interviewpartnerin zufolge sei die größte Aufgabe „[...] jetzt, die jungen Menschen zu gewinnen. Die Institutionen sind da, aber jetzt müsste massiv die Zeit und Energie darauf verwendet werden, hier Menschenfischerei zu betreiben; das

Hauptproblem ist dabei, dass ich nicht glaube, dass dazu wirklich Bereitschaft da ist in den Führungsgremien [...]. Es gibt hier positive Ansätze von Herrn Dr. Graumann, der gesagt hat, er will das jetzt alles anders machen.“

Es existieren bereits einige Programme, die sich an junge Erwachsene richten – wie die „18+“ Gruppe der ZWST, das Ausbildungsprogramm für Führungskräfte „Brückenschlag“, sowie der BJSD, der Bundesverband Jüdischer Studenten in Deutschland. Großstädte haben ihre eigenen Programme, manche sind besonders an orthodoxe und liberale Jugendliche gerichtet.

Ein Thema, das stetig an Bedeutung hinzugewinnt, ist die Frage nach einer Mitgliedschaft für diejenigen, die keine jüdische Mutter haben, also keine Juden nach jüdischem Recht sind. Der Zentralrat lässt keine nicht-halachischen Juden als Gemeindemitglieder zu, unterstützt aber einige integrative Programme wie den Jugendkongress und „Jung und Jüdisch“.⁵⁸

Als der Kongress 2011 tagte, stellte eine große Gruppe von Teilnehmern aus der ehemaligen Sowjetunion den Zentralrat vor die Wahl, eine Möglichkeit für ihre Einbindung zu finden, oder sie gänzlich zu verlieren. Obgleich Dr. Graumann, Präsident des Zentralrats, sein Mitgefühl für diese Studenten zum Ausdruck brachte, betonte er von neuem, dass er 2.000 Jahre jüdischer Rechtsgeschichte nicht überwinden könne, indem er einige Rabbiner in Israel anschiebe.

Doch ist diese Frage für den deutschen Kontext eben von besonders großer Bedeutung, da Mischehen während des Holocaust manche Juden vor der Verfolgung schützen konnten. Hinzu kommt, dass diejenigen mit jüdischem Familiennamen (demnach jüdischen Vätern) in der ehemaligen Sowjetunion auch Diskriminierung als Juden erfuhren. Aus dieser negativen Erfahrung entwickelte sich für viele eine positive jüdische Identität. Dieser Prozess spiegelt die Erfahrungen vieler Menschen wider, die in den neunziger Jahren als Juden nach Deutschland kamen. Verständlicherweise wollte die deutsche Regierung nicht darüber entscheiden, wer als jüdisch oder nichtjüdisch gelten sollte. Diese Unterscheidung mussten

⁵⁷ Vgl. www.tu-darmstadt.de/vorbeischauen/aktuell/nachrichten_1/synagogenexhibition.en.jsp

⁵⁸ Vgl. www.jungundjuedisch.de

die Gemeinden treffen; und da Deutschlands jüdische Institutionen das patrilineale Judentum nicht anerkennen (anders als der amerikanische Arm der Reformbewegung), bleibt eine nicht unerhebliche Anzahl von Zuwanderern über ihren Status im Unklaren.

Zweifelsohne werden diese Studenten in Zukunft noch beharrlicher für ihre Sache eintreten. (In Frankfurt existiert bereits eine neue Gruppe junger patrilinealer Juden, die sich doppel:halb nennt.⁵⁹) Während einige die Möglichkeit wahrnehmen, zu konvertieren, wird vielen die Vorstellung nicht gefallen, dass sie sich – nach jahrzehntelanger Verfolgung als Juden in der ehemaligen Sowjetunion – dem orthodoxen Übertrittsprozess unterziehen sollen, um der Gemeinde beitreten zu dürfen.

Trotz fehlender offizieller Daten zählen Mischehen zumindest anekdotisch in Deutschland wie in Gemeinden der Diaspora zu den Problemauslösern.

Die Interviewpartner sprachen sich dafür aus, dass es mehr Aktivitäten geben sollte, um junge Menschen zusammen zu bringen.

Zu den jüdischen Jugendprojekten gehören beispielsweise Sommercamps und Programme wie „Jewrovision“, ein Gesangswettbewerb, bei dem seit 2002 jährlich Hunderte von jungen Juden aus ganz Deutschland zusammentreffen. Darüber hinaus gibt es eine aktive urbane Jugendkultur, die sich vor allem um israelische oder russischsprachige Partys oder Clubs dreht. In Berlin veranstaltet der israelische DJ Aviv Netter zum Beispiel in regelmäßigen Abständen „Berlin Meschugge“-Partys; junge Juden aus der russischsprachigen Szene zieht es zu den beliebten „Russendisko“-Partys des jüdischen Autors und DJs Wladimir Kaminer und seiner Freunde.

Jüngere Juden in Deutschland sind durch mehrere Organisationen vernetzt:

Der Bundesverband Jüdischer Studenten in Deutschland e.V. (BJSJ) ist die bundesweite Vereinigung aller jüdischen Studierenden im Alter von 18 bis 35 Jahren. Der Verband wurde 1968 gegründet. Die Finanzierung der Ausgaben erfolgt

durch den Zentralrat der Juden in Deutschland, über Mittel des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und neuerdings auch verstärkt über die Jewish Agency for Israel (JAFI).⁶⁰

Seit kurzem läuft der Versuch, eine nicht konfessionsgebundene Hillel Organisation in Deutschland aufzubauen.

„Netzer“ nennt sich die Jugendorganisation der Union für Progressives Judentum. Im Jahr 2000 war die Organisation erstmals durch ein liberales Sommercamp in Hannover vertreten. Drei Jahre später wurde der deutsche Arm offizielles Mitglied von Netzer Olami, der internationalen zionistischen Jugendorganisation mit Verbindung zur Reformbewegung. Netzer veranstaltet mittlerweile drei Camp-Programme im Jahr und ist vernetzt mit Jung und Jüdisch.⁶¹

Die Organisation Jung und Jüdisch wendet sich ebenfalls an jüdische Erwachsene zwischen 18 und 35. Sie propagiert eine „offene, pluralistische und progressive Einstellung“ zum Judentum. Mitglieder können eine jüdische Mutter oder einen jüdischen Vater haben. Jung und Jüdisch ist seit 2004 der offizielle Repräsentant von TaMaR in Deutschland, einer Organisation, die das Reformjudentum fördert.⁶²

Das Frankfurter „Jewish Experience“ ist ein Forum für jüdische Studierende und junge Erwachsene, das ihnen die Möglichkeit gibt, sich zu treffen, Freundschaften aufzubauen, berufliche Kontakte zu knüpfen und Erfahrungen und Meinungen auszutauschen. Laut Website kommen die Teilnehmer nicht nur aus Frankfurt, sondern auch aus Hamburg, Stuttgart, Essen, Fulda, München, Darmstadt, Mainz, Wiesbaden, Bad Homburg und sogar aus dem Ausland (Israel, Österreich, Frankreich, England usw.). Die Gruppe wird finanziert vom Jugendzentrum der Jüdischen Gemeinde Frankfurt, durch Beiträge der Teilnehmer und vom Zentralrat.⁶³

Eine Interviewpartnerin kommentierte: „Sie haben erfolgreiche, fortlaufende Programme für

60 Vgl. www.bjsd.de/bjsd

61 Vgl. <http://jugend.liberales-juden.de>

62 Vgl. www.jungundjuedisch.de

63 Vgl. www.jewishexperience.de

59 Vgl. www.doppelhalb.de

20- bis 40-Jährige eingerichtet [...] sie organisieren Abendessen, Vorlesungen, Veranstaltungen, und erreichen damit [ihre Zielgruppen], nicht nur Studenten, sondern auch junge Familien und Berufstätige.“

„Jewish Experience ... gedeiht aufgrund seines vielfältigen religiösen, sozialen und intellektuell anspruchsvollen Programms und seiner wachsenden Gemeinde, die Leute von weit her anzieht“, sagte eine andere Befragte. Sie fügte hinzu, dass „die Ronald S. Lauder Stiftung, Chabad und Limmud es schaffen, die junge Generation zu engagieren und motivieren, je nach religiösen/kulturellen/sozialen Bedürfnissen und Interessen.“

Sie ist der Überzeugung, dass eine Alternative zum Status Quo her müsse. „Der Einheitsgemeinde gelingt es immer noch nicht, angemessene Programme für junge Leute zu entwickeln.“

Eine weitere Teilnehmerin behauptete, diese Alternative sei bereits in der Entstehung: „Junge Erwachsene sind vor allem außerhalb der Institution der jüdischen Gemeinde aktiv. Sie schaffen alternative Netzwerke, die im Gegensatz zu der jüdischen Gemeinde informell sind und niedrige Ein- und Austrittsschwellen haben: ohne feste Mitgliedschaft und ohne Verpflichtungen zur zeitgebundenen Teilnahme.“

„Es gibt ja viele Angebote, viele Institutionen, viele Gruppen und Vereine in Berlin – in ganz Deutschland eigentlich“, sagte wieder eine andere Befragte. „[...] Es war mir immer wichtig, außerhalb der Struktur einer offiziellen Einheitsgemeinde zu arbeiten, weil man einfach viel flexibler ist; weil ich der Meinung bin, dass viele, die meisten interessantesten Sachen nicht in so einer Struktur passieren. Die sind ganz wichtig, die Strukturen, die haben viele wichtige Funktionen, [damit kann man gut] soziale [Dinge] verwalten, aber was kulturelle und andere Bereiche betrifft, da hatte ich immer das Gefühl, dass diese eingefahrenen Strukturen eher hinderlich sind.“

Als Beispiel führte sie an: „Als ich groß geworden bin, gab es keine Institution, die mich angesprochen hätte als nicht-orthodoxe Jüdin in Deutschland, aber mittlerweile gibt es Jung und Jüdisch Junior / „Netzer“, das ist für die Leute bis

18, Jung und Jüdisch ist dann ab 18 und [...] die [Jugendlichen] werden dann auch zu Teamleitern ausgebildet [...]“

Einer Interviewpartnerin zufolge erleben und unternehmen junge jüdische Erwachsene „aufregende, kreative, interessante Dinge, die sich von einem Tag auf den anderen verändern und verschieben, und sie lernen Leute aus verschiedensten Ecken kennen. Wenn man ihnen die Chance gibt, sich auf religiöse, politische, oder auf irgendeine andere Art auszudrücken, wie sie das in ihrem Alter auch tun sollten und werden, dann besteht Hoffnung. Wenn man sie aber in einen Rahmen zwingt, der nicht zu ihrer Persönlichkeit passt, dann klappt das nie.“

„Das Problem ist, [...] dass sie nicht in die Synagoge gehen und nicht beitreten [...]“

Eine Gesprächspartnerin wies auf einen Artikel hin, in dem Studenten des Abraham Geiger Kollegs Deutschland als derzeit „bestes Land für Juden weltweit“ bezeichnen. „Also junge Leute sehen schon auch die Chancen, aber das muss jetzt erst gestaltet werden.“

Große Veranstaltungen wie der Jugendkongress und Jewrovision, „[...] das sind so ganz neue Strukturen, ganz neues Selbstbewusstsein vor allem aber auch gleichzeitig eine Tendenz zur Zersplitterung [...]“, sagte ein Befragter. „Gerade bei der Jugend, gerade bei denen, die jetzt schon hier in Deutschland aufwachsen, sieht man, dass viele mit einem viel engeren Kontakt zur jüdischen Religion, zur jüdischen Gemeinde sich auch viel wohler hier fühlen [...]“

Und die ZWST hat mittlerweile ziemlich viel Konkurrenz, was Lauder angeht, was Chabad angeht, Jung und Jüdisch hat auch schon mal ein Ferienlager gemacht [...] und da fängt diese Zersplitterung an, das [...] ‘Früher war alles besser.’“

Er merkte an, dass in den letzten fünf Jahren viele neue Initiativen für Studierende entstanden seien, wie zum Beispiel der neue JuBuK Verein. Seine jüdischen Bildungsseminare, zum Teil in russischer Sprache, werden vom L.A. Pincus Fund for Jewish Education in the Diaspora und der Jewish Agency for Israel mitgetragen.⁶⁴

64 Vgl. www.jubuk.org

Zudem existiert eine Reihe sogenannter jüdischer „Stammtische“ in Deutschland. Die Teilnahme an diesen Programmen steht in der Regel auch nicht-halachischen Teilnehmern offen, so dass mit ihnen keine abschreckenden Voraussetzungen verbunden sind. Auch Kosten sind immer ein Faktor: Um eine junge Zielgruppe anzusprechen, müssen entsprechende Programme subventioniert werden.

So gesehen, sagte ein Interviewpartner, wäre „getrennt aber gleichwertig“ vielleicht eine positive Entwicklung. „Da die meisten Juden in Deutschland nicht religiös sind, müssen in Zukunft parallel zu den religiös-definierten Institutionen der jüdischen Gemeinde auch kulturelle Clubs geschaffen werden, die unabhängig vom Glaubensalltag ihr Programm gestalten – nach dem amerikanischen Vorbild: Trennung von Kongregation und Community Centre.“

Eine Befragte drängte darauf, Jugendprogramme proaktiver auf die brennenden Fragen der Teilnehmer eingehen zu lassen: „Wie definiere ich mich in Hinsicht auf das Judentum? Wie und inwiefern gehöre ich zur jüdischen Gemeinde? Wie einen jüdischen Partner finden? Und wie eine angemessene Arbeitsstelle?“

„Es ist wichtig, das Judentum auch für die jüngeren Generationen attraktiv zu machen: Als ein Kulturraum, in dem nicht nur religiös geprägte Traditionen, sondern auch eine bestimmte Weltanschauung gepflegt wird. Und ich finde, hier sind Fragen wichtiger als Antworten, und Auseinandersetzung ist wichtiger als starrer Konsens. Eben eine Kultur, die das Lesen, Lernen, und das Streiten – und das über sich selber Lachen fördert.“

4.7 Innovation und Soziales Unternehmertum

Noch sind Innovation und Unternehmertum relativ frische Konzepte in Deutschland, sowohl in der religiösen Gemeinschaft als auch in anderen Bereichen, obwohl sich auch hier eine Veränderung ankündigt.

Viele Projekte sind in den letzten Jahren abseits der Institutionen entstanden, wie beispielsweise Tarbut, Bet Deborah, Limmud und Moishe House. Manche mussten aufgrund fehlender Gelder wieder aufgegeben werden.

Die Bet Deborah Konferenz für Rabbinerinnen, Kantorinnen und jüdische Lehrerinnen wurde 1998 von Aktivisten in Berlin initiiert. Seit der Gründung wurden mehrere Tagungen veranstaltet, zwei davon im Ausland.

Meshulash (Dreieck), ein Berliner Künstlerkollektiv, wurde 1991 – nach einer Reihe fremdenfeindlicher Vorfälle in Deutschland – als Forum für jüdische und nichtjüdische Künstler und Intellektuelle aus verschiedenen Ländern (USA, Kanada, Frankreich, Ungarn, Vereinigtes Königreich, Israel, Deutschland, Tschechische Republik, ehemalige Sowjetunion) gegründet. Sie organisierten eine Vielzahl von Ausstellungen und Happenings; ihre Kombination von bildender Kunst und Performance ging an die Grenzen dessen, was als gesellschaftlich akzeptabel galt. Zurzeit ist die Gruppe inaktiv.

Unterstützung für private Initiativen sei dringend notwendig, sagte eine Teilnehmerin. Sie empfehle insbesondere „die Unterstützung der Initiativen, die einerseits den innerjüdischen Dialog fördern [...] – wie etwa Limmud, Tarbut und ähnliche Initiativen [...], andererseits natürlich auch den jüdisch-nichtjüdischen Dialog fördern.“

Ein zynischer Beobachter sagte voraus, dass der Zentralrat seine zusätzlichen Mittel nicht für „den Aufbau eines Innovationsfonds und die Förderung von sozialem Unternehmertum“ nutzen werde. Statt dessen würden mehr Kongresse abgehalten, „sie werden mehr reden, mehr Podiumsdiskussionen führen [...]“. Es werde sich nur dann etwas ändern, „wenn Dinge einfach gemacht werden.“

4.8 Wohlfahrt: Kinder und ältere Menschen

Die Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland (ZWST) – 1917 gegründet und 1951 neueröffnet – ist der Dachverband für ein breitgefächertes Spektrum an sozialen Dienstleistungen und Einrichtungen für jüdische Gemeinden in ganz Deutschland: Seniorenclubs, insbesondere für Überlebende des Holocaust und Einwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion; Sommercamps für Kinder; Programme für Jugendliche und Studierende; Hilfe für Menschen mit körperlicher oder geistiger Behinderung; Beratungsstellen; Weiterbildungsseminare; Vermittlung von jüdischer Tradition und

Kultur. Darüber hinaus betreibt die ZWST ein Seminarzentrum in Bad Kissingen zur Veranstaltung von Seminaren mit jüdischem Inhalt.⁶⁵

Die ZWST gehört der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrt (BAGFW) an. Zu ihren Aufgaben zählen:

- Förderung einer integrativen und professionellen Sozialarbeit
- Unterstützung der jüdischen Gemeinden in Deutschland, Ausbau der Infrastruktur
- Stärkung jüdischer Identitäten
- Integration der jüdischen Zuwanderer aus den Ländern der ehemaligen Sowjetunion
- Hilfe zur Selbsthilfe
- Sozial- und jugendpolitische Vertretung
- Zielgerechte Beratung und Betreuung

Die auf das ganze Land verteilten „Treffpunkte für Holocaustüberlebende“ und deren Familien werden unter anderem von der Claims Conference, der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung, Zukunft“ (EVZ) sowie von der „Aktion Mensch“ e.V. gefördert.

Die ZWST betreibt ein jüdisches Kurhotel, das „Eden Park“ in Bad Kissingen – einer Stadt mit Thermen, die deutsche Juden traditionell angezogen hat. Das koschere Kurhotel „bietet eine [...] Gelegenheit zur Erholung [...] in jüdischer Atmosphäre“ mit Schabbat- und Feiertagsgottesdiensten, Vorlesungen und Führungen zur jüdischen Lokalgeschichte.

Viele Gemeinden betreiben eigene Altersheime, wenn auch nicht alle. Während der Gruppendiskussion sprach eine Teilnehmerin ihren Wohnort Potsdam an: „Was mir sehr gut gefällt, die Gemeinde kümmert sich ganz gut um die Jugend. [...] Kümmert sich auch gut um die Alten, aber was uns fehlt in Potsdam, [ist] ein Altersheim. Wir haben einige Frauen, die Single sind, ganz allein ohne Kinder. Wenn der Mann gestorben ist, sind sie ganz allein in einem deutschen Altersheim [...] [und] sind dort

irgendwie ausgegrenzt. Sie sind im Alter von 70 Jahren nach Deutschland gekommen und haben Deutsch [nie] gelernt. Das ist ziemlich schlimm.“

4.9 Kampf gegen den Antisemitismus und anti-israelische Tendenzen

Das Ende des Zweiten Weltkrieges brachte nicht das Ende des Antisemitismus in Deutschland mit sich. Umfragen und Studien deuten darauf hin, dass in Deutschland, wie in anderen europäischen Ländern auch, rund zwanzig Prozent der Bevölkerung eine stark antisemitische Gesinnung vertritt. Diese Einstellung hat sich im Laufe der Jahrzehnte auf unterschiedliche Weise manifestiert: durch Vandalismus an jüdischem Eigentum, an religiösen Einrichtungen und Friedhöfen; durch „sekundären Antisemitismus“ (z.B. Beschuldigung der Juden, den Holocaust verursacht zu haben); durch einseitige Kritik an oder Herabwürdigung von Israel; durch Holocaustleugnung oder –verharmlosung; durch Angriffe auf jüdische Traditionen wie das Schächten und die Beschneidung usw.

Der sogenannte „neue Antisemitismus“, der oft mit der Herabsetzung Israels einhergeht, rührt sowohl von der äußeren Rechten als auch von der äußeren Linken der deutschen Gesellschaft her, sowie von Deutschlands wachsender muslimischer Bevölkerung. Allerdings ist die Mehrheit von Deutschlands 4,3 Millionen Muslimen türkischer Abstammung und somit politisch moderat eingestellt. Islamischer Antisemitismus ist in Deutschland zwar präsent, aber längst nicht so zugespitzt wie in anderen europäischen Ländern (wie etwa in Frankreich, Holland, Belgien und Schweden).

Boykottaufrufe gegen israelische Produkte oder den akademischen Austausch mit Israel hingegen – wie sie im Vereinigten Königreich und anderen Regionen Europas üblich sind – stoßen in Deutschland auf Ablehnung.

Trotzdem macht sich eine gewisse Distanzierung von Israel im Zentrum der deutschen Gesellschaft bemerkbar; was angesichts der Tatsache, dass Israel in den letzten Jahrzehnten ein beliebtes Reiseziel für deutsche Touristen war, eine bedeutende Wende markiert. Viele nichtjüdische Deutsche verbrachten in den 60ern und 70ern Zeit als Freiwillige in einem

65 Vgl. www.zwst.org/de/zwst-ueber-uns/selbstdarstellung

Kibbuz; deutsch-israelische Mischehen waren nicht ungewöhnlich. Heute sieht man viele Jugendliche mit sogenannten „Palästinenserschals“ herumlaufen, die wohl eher als politisches und weniger als modisches Statement gemeint sind. Ein alternativer Jugendclub in Erfurt, im ehemaligen Ostdeutschland, hat das Tragen dieser Schals sogar verboten.

Kritik in der Berichterstattung über Israel fällt in Deutschland allgemein sehr viel milder aus als im restlichen Europa. Für den Axel Springer Verlag tätige Journalisten unterzeichnen mit ihren Verträgen sogar ein Versprechen, das Existenzrecht Israels zu verteidigen.

Dennoch kommen in der Presse vermehrt kritikbereite Israelis zu Wort, die das sagen können, was Deutsche sich nicht zu sagen erlauben. Tatsächlich ist das Motto „es muss erlaubt sein, Israel zu kritisieren“ eine oft gehörte Beschwerde derer, die sich entweder darüber nicht im Klaren sind oder es vorziehen nicht zu sehen, dass Israel in der Öffentlichkeit viel häufiger Kritik als Lob erntet.

Im Allgemeinen kann ein öffentlicher Antisemitismusvorwurf in Deutschland eine Karriere massiv beeinträchtigen oder beenden. Einige jüdische Initiativen mit Standort Deutschland, wie Sacha Stawskis „Honestly Concerned“ Medienbeobachtungsgruppe und Henryk Broders Blog „Die Achse des Guten“, machen es zu ihrer Aufgabe, grobe Fälle von Antisemitismus öffentlich zu machen – auch von Israelis, die eine extrem anti-israelische Haltung einnehmen.

Organisationen wie die Berliner Amadeu-Antonio-Stiftung⁶⁶ und die Kreuzberg Initiative gegen Antisemitismus⁶⁷ befassen sich mit Juden- und Fremdenfeindlichkeit an der Basis. Darüber hinaus existieren unzählige kleinere Organisationen, z.B. der Koordinierungsrat deutscher Nicht-Regierungsorganisationen gegen Antisemitismus e.V.,⁶⁸ welche die allgemeine Öffentlichkeit auf Zusammenhänge und Fragestellungen aufmerksam machen wollen.

66 Vgl. www.amadeu-antonio-stiftung.de

67 Vgl. www.kiga-berlin.org

68 Vgl. www.koordinierungsrat-gegen-antisemitismus.org

Das Auswärtige Amt in Berlin veranstaltete 2004 gemeinsam mit der Organization for Security and Cooperation in Europe eine internationale Konferenz zum Thema Antisemitismus. Kritiker bemängelten das Versäumnis der Konferenz, den wachsenden Antisemitismus unter Moslems in Europa zu verurteilen. Die Teilnehmer empfanden die Tagung dennoch als Erfolg.

Zum Ende der zweitägigen Konferenz wurde eine Resolution verabschiedet, die unmissverständlich deklarierte, „dass internationale Entwicklungen oder politische Konflikte, eingenommen Konflikte in Israel oder anderswo im Mittleren Osten, Antisemitismus unter keinen Umständen rechtfertigen.“

Als „Berliner Resolution“ bekannt, verurteilte diese Resolution alle Erscheinungsformen des Antisemitismus und anderer Arten hasserfüllter Diskriminierung aufgrund ethnischer Herkunft bzw. Abstammung oder Religionszugehörigkeit, wie auch Angriffe auf religiöse Einrichtungen.

Die Politikerin Petra Pau (Die Linke) verlangt seit ihrer Wahl zur Abgeordneten im Jahr 1998 einen jährlichen Bericht über antisemitische Straftaten. Ihr ist es zu verdanken, dass solche Statistiken überhaupt aufgestellt werden. Des Weiteren hat sie Mitglieder ihrer eigenen Partei für deren Forderungen kritisiert, weniger Unterstützung für Israel und mehr beispielsweise für Hamas und Gaza zu leisten. Die Linke wird generell als schwächstes politisches Glied in der Kette deutscher Israel-Befürworter eingestuft. Andere Parteien werden von Zeit zu Zeit für ihren zögerlichen Umgang mit rechts-extremen Äußerungen der eigenen Mitglieder kritisiert.

Der Bundestag hat die Problematik in mehreren Debatten aufgegriffen und Resolutionen zur Bekämpfung des Antisemitismus verfasst. 2009 stellte das Bundesministerium des Innern einen neunköpfigen Expertenkreis zusammen, dessen Aufgabe es war, aktuelle Herausforderungen und Beispiele bewährter Methoden (*Best Practice*) herauszuarbeiten.

Der erste Bericht des Expertenkreises erschien im November 2011 unter dem Titel: „Antisemitismus in Deutschland – Erscheinungsformen, Bedingungen, Präventionsansätze“. Aus der Auswertung bereits existierender Berichte und

Umfragen folgerte die Kommission, dass zwanzig Prozent der Bevölkerung starke antisemitische Ansichten vertreten.

Der Bericht untersuchte den Antisemitismus nicht nur in rechts-, links- und islamisch extremistischen Kreisen, sondern auch in der Mitte der Gesellschaft. Er ergab zwar, dass antisemitische Verbrechen von Belästigung bis zu Körperverletzung reichten, die meisten Vorfälle aber mit Hasstraden oder –schriften, Holocaustleugnung und Angriffen auf Israels Existenzrecht zusammenhingen, wobei letztere vor allem aus iranischen Quellen stammten.

Obwohl die deutsche Gesetzgebung sowohl die Holocaustleugnung als auch Hetze und Wiederholung nationalsozialistischer Propaganda untersagt, verbreitet sich entsprechendes Material aus dem Ausland schnell über das Internet. Deutsche Behörden haben amerikanische Gesetzgeber aufgefordert, durchzugreifen und derartige Inhalte in deutscher Sprache zu verbieten, wenn sie über Internetdomains in den USA veröffentlicht werden. Doch das amerikanische Gesetz schützt das Recht auf freie Meinungsäußerung – was deutsche Kritiker und Gesetzgeber frustriert.

Ende 2012 wurde erneut der Versuch begonnen, die rechtsextreme NPD abzuschaffen. Der Bundesrat beschloss, beim Bundesverfassungsgericht einen entsprechenden Antrag vorzulegen, um die für ihre antidemokratische, fremdenfeindliche und antisemitischen Ansichten bekannte Partei mit ihren 7.200 Mitgliedern verbieten zu lassen. Das Bundeskabinett von Kanzlerin Merkel aber lehnte die Einreichung des Antrags ab, nachdem es in der Regierungskoalition zu Streitigkeiten gekommen war, die einen Konsens verhinderten.⁶⁹ Der 2003 gestartete Versuch, ein Verbot zu erwirken, war ebenfalls fehlgeschlagen, nachdem der Gerichtshof mitbekommen hatte, dass Informanten der Regierung einige der verfassungswidrigen Handlungen selbst initiiert hatten.

Die NPD macht regelmäßig verharmlosende Aussagen zum Holocaust und weist Ausländern

die Schuld an Deutschlands Problemen zu. Indem sie knapp die Fünf-Prozent-Hürde nahm, schaffte die Partei in den letzten Jahren den Einzug in zwei Landtage, was ihr auch Steuergelder zukommen lässt.

Ein Verbot sei nicht die Lösung, statt dessen müsse man die Entwicklung staatsbürgerlicher Werte fördern, sagte eine Interviewpartnerin mit amerikanischen Wurzeln. In Deutschland „verbietet man die [Neonazis] nicht, weil sie dann einfach ihren Namen ändern und etwas ähnliches unter anderem Namen machen.“

Eine junge Befragte gab an, dass sie trotz weitverbreiteter Stereotype über Juden keine dramatische Verschlechterung der allgemeinen Lage feststellen könne. „Es wird immer Leute geben, die mit Juden ein Problem haben“, sagte sie.

Allerdings sah sie durchaus eine Verbindung zwischen den Ereignissen im Mittleren Osten und der Ausprägung des Antisemitismus. Israelkritiker differenzierten selten zwischen Juden und Israel, was zu persönlichen Konfrontationen führe, so die Teilnehmerin. „Ich sehe keine dramatische Verschlimmerung. Was mir Sorgen bereitet – aber darauf haben wir keinen Einfluss – dass wenn es im Nahen Osten ‚heiß‘ wird, es leider unmittelbar Auswirkungen hat auf die Juden, die in Deutschland leben, da oft nicht differenziert wird zwischen Judentum und Israeli, und ungerechterweise sehr beharrt wird auf die außenpolitische Meinung von Juden, wo man denkt, da würde man andere Leute nicht so darauf festnageln und unbedingt ein Statement von ihnen einholen.“

4.10 Aufklärung über und Unterstützung für Israel

Die Beziehung des wiedervereinigten Deutschlands zu Israel ist komplex – nicht zuletzt, weil sie auf Jahrzehnten vollends separater und unterschiedlicher Politik von Ost- und Westdeutschland basiert. Die Beziehung von Juden in Deutschland zu Israel hat sich ebenfalls gewandelt. Wie ein Beobachter es zum Ausdruck brachte: „Je frischer die *Shoah*-Erinnerungen waren, desto stärker war der Bezug nach Israel.“

Westdeutschland nahm 1965 diplomatische Beziehungen zu Israel auf (während Ostdeutschland darauf verzichtete). Westdeutschland,

⁶⁹ Vgl. www.spiegel.de/international/germany/press-review-german-cabinet-backs-off-attempt-to-ban-far-right-ncp-a-889671.html, 19. März 2013

die alte Bundesrepublik, wurde zu einem der bedeutendsten Förderer Israels in Europa.

Die neue israelische Botschaft wurde 2001 in Berlin eröffnet.

Zu den geleisteten Reparationszahlungen an Überlebende in Israel und den jüdischen Staat⁷⁰ kommen Deutschlands Subventionen für die Kosten wichtiger militärischer Geräte, wie z.B. für U-Boote, die mit Raketen ausgestattet werden können. 2008 richtete Bundeskanzlerin Angela Merkel einen jährlichen Austausch der Kabinetts-Mitglieder ein. Noch nie zuvor hatten Deutschlands Minister solch ein Treffen mit ihren Amtskollegen in einem außereuropäischen Land abgehalten.

Laut L.A. Pincus Studie⁷¹ verbindet die meisten Juden in Deutschland ein gewisses Solidaritätsgefühl mit Israel und mit ihrem eigenen Land in der ehemaligen Sowjetunion. Ältere Teilnehmer wiesen im Allgemeinen eine stärkere Bindung zu religiöser Tradition und Israel auf, während jüngere Befragte mehr Wert auf jüdische Bildung legten. Durch alle Altersgruppen zog sich die Wertschätzung der politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Stabilität Deutschlands.

Ein Interviewpartner sagte hierzu: „Vor den neunziger Jahren war Israel viel mehr im Mittelpunkt, damals hieß es ja auch noch, dass man auf so halb gepackten Koffern saß. In den Achtzigern war Deutschland auch für die Juden, die hier gelebt haben, nicht die allererste Heimat, sondern das war definitiv eher Israel, als es Deutschland war. Und damals war auch die Identifizierung mit Israel eine größere.“ Das habe sich geändert. Heute sei „die Identifizierung mit Israel nicht ganz so stark wie [sie] es bei den Alteingesessenen war.“

Unterricht zum Thema Israel ist in jüdischen Schulen stark verbreitet. Sowohl der Staat Israel als

auch die hebräische Sprache seien Standardfächer, sagte eine Lehrerin im Interview: „Unsere Kollegen, die für die jüdischen Fächer zuständig sind, sind alle aus Israel, das heißt sie haben Hebräisch als Muttersprache [...] [E]s gibt kein Judentum ohne Israel und ohne Hebräisch [...] natürlich ist Israel mit drin im Programm, [...] [aber] wir machen da keine Propaganda-Arbeit für Israel.“

Die Einbeziehung von Nichtjuden bleibt eine Priorität der israelischen Botschaft und solcher transkonfessioneller Organisationen wie der Deutsch-Israelischen Gesellschaft. Einige öffentliche Schulen haben Austauschprogramme mit ihren Zwillingorten oder –städten in Israel eingeführt und andere Projekte kreiert, die besonders auf die Beziehungsbildung zwischen den jüngeren Generationen von nichtjüdischen Deutschen und Israelis abzielen.

Private Organisationen wie die Bertelsmann Stiftung bringen durch ihren deutsch-israelischen Young-Leaders-Austausch Israelis, Palästinenser und Deutsche in Deutschland und Israel zusammen.

Zuspruch für Israel wird unter Juden durch das sogenannte Birthright (Taglit) Programm gestärkt, das Juden zwischen 18 und 26 nach Israel reisen lässt. In Deutschland wurden derartige Reisen 2001 vom Zentralrat und der ZWST erstmals koordiniert und gesponsert. Seit Beginn des Projekts wurden 4.010 jüdische Jugendliche aus Deutschland nach Israel geschickt; allein 2012 waren es 462.⁷²

Eines der beeindruckendsten Dachprogramme ist ConAct⁷³ („Working Together“), das jährlich etwa 300 außerschulische Austauschprogramme zwischen Schülern bzw. Studierenden in Israel und Deutschland fördert. Etwa 7.000 Teilnehmer zwischen 12 und 27 Jahren nehmen pro Jahr daran teil. Die ersten Austauschprogramme wurden in den Fünfzigern aufgebaut, noch vor der Aufnahme offizieller diplomatischer Beziehungen zwischen Israel und Westdeutschland. ConAct wurde 2001 als koordinierende Instanz eingerichtet. Der Hauptsitz von ConAct befindet sich in der Lutherstadt Wittenberg im ehemals ostdeutschen

70 Bis 2007 wurden etwa 25 Milliarden Euro gezahlt (vgl. Belkin, P.: „Germany’s Relations with Israel: Background and Implications for German Middle East Policy,“ in: CRS Report for Congress (order code RL33808), 19. Januar 2007, S. 5. Download unter: www.fas.org/sgp/crs/row/RL33808.pdf).

71 Vgl. Ben-Rafael, E., Glöckner, O. und Sternberg, Y., *Jews and Jewish Education in Germany Today*, Boston und Leiden 2011, S. 4.

72 Vgl. www.zwst.org/de/taglit

73 Vgl. www.conact-org.de

Sachsen-Anhalt. Seit 2004 hat sich die Anzahl der von ConAct koordinierten Programme beinahe verdoppelt. Viele davon schließen Aufenthalte in Gastfamilien ein – Jugendliche aus Deutschland lernen so das Leben in Israel von Grund auf kennen. ConAct ist ein Institut des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, unter Mitträgerschaft der Bundesländer Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern.

Entscheidend für die Identifizierung jüdischer Jugendlicher mit Israel ist auch Makkabi, der Jüdische Sportverband, der über 37 lokale Einrichtungen verfügt und etwa 4.000 Mitglieder hat. Makkabi wird vom Zentralrat gefördert. Das höchste Ziel der Mitglieder ist die Teilnahme an den Maccabiah-Spielen, einer jüdischen Variante der Olympischen Spiele, die alle vier Jahre in Israel stattfinden.⁷⁴

Die Makkabi Deutschland e.V. wurde 1898 gegründet und 1965 wiedereingeführt. Der Makkabi Sportverband ist Mitglied des Deutschen Sportbunds und des Deutschen Olympischen Sportbunds und ist die einzige jüdische Sportvereinigung in Deutschland.

2012 eröffnete die sozialistisch-zionistische Jugendbewegung Hashomer Hatzair,⁷⁵ die in Verbindung zur Kibbuzbewegung steht, ihren ersten Nachkriegsclub in Deutschland. Zu den zionistischen Jugendprogrammen gehören auch die Frankfurter Zionistische Jugend in Deutschland e.V.,⁷⁶ sowie Jugendclubs in Hannover und Baden Baden.

Aliyah und Israelis in Deutschland

Nur wenige Juden emigrieren heute noch aus Deutschland nach Israel (ca. 120 pro Jahr während der letzten Jahre).⁷⁷ Zwar haben viele Immigranten aus der ehemaligen Sowjetunion Verwandte in Israel und besuchen das Land regelmäßig, aber, wie es ein Interviewpartner ausdrückte, „die Identifizierung mit Israel ist nicht so stark wie sie es in der etablierten Nachkriegsgemeinschaft war. Im Allgemeinen ist der Rückhalt für Israel sehr stark: Jüdische

Schulen betonen die geschichtliche und die aktuelle Wichtigkeit Israels, viele Eltern schicken ihre Kinder dorthin in den Urlaub, und eine wachsende Zahl Jugendlicher nimmt am Taglit bzw. Birthright Programm teil. Die Aktivitäten zum Israel-Tag sind in vielen Gemeinden sehr beliebt [...].“ Trotzdem, so eine Befragte, hätten viele Juden in Deutschland gemischte Gefühle gegenüber der israelischen Politik und würden öffentliche Solidaritätsbekundungen meiden: “Also es geht in zwei Richtungen: Einmal ist es so, dass unsere Zuwanderer zum großen Teil auch Verwandtschaft in Israel haben, also von den Kindern der jüdischen Grundschule hier in Berlin ist bestimmt ein Fünftel oder ein Drittel in den Ferien in Israel bei Verwandtschaft [...]. Die politische Situation macht die Sache natürlich schwierig und die pro-Israel Arbeit, man sieht das ein bisschen bei Demonstrationen, dass da wenig Gemeindebeteiligung ist. Also, dass da eher so eine Zurückhaltung ist. Ist eine schwierige Geschichte.” Aus Einzelberichten lässt sich entnehmen, dass die unterlassene Teilnahme an Solidaritätsdemonstrationen auch mit der Angst zu tun haben könnte, zur Zielscheibe antisemitischer oder anti-israelischer Gruppen zu werden – obgleich die Sicherheitsvorkehrungen allgemein sehr streng gehalten sind.

Doch Juden sollten kein schlechtes Gewissen haben, wenn es sie selbst nicht nach Israel ziehe, meinte ein Gesprächspartner, der auch darauf hinwies, dass die Berliner Gemeindeoberhäupter dem israelischen Präsidenten bei seinem letzten Besuch in Deutschland (2010) gesagt hätten: „Es interessiert uns, was in Israel läuft, aber wir leben hier, und das ist total in Ordnung.“

Heutzutage ist es in der Tat wahrscheinlicher, dass Israelis nach Deutschland kommen, als dass Juden aus Deutschland nach Israel auswandern.

Zwar steht keine Statistik zur Verfügung, aber die Zahl der gegenwärtig in Berlin lebenden Israelis wird auf bis zu 20.000 geschätzt. Für viele fällt die Wahl auf Berlin, weil es die wohl angesagteste unter Europas Hauptstädten ist, ein Auffangbecken für alternative Lebensstile, ein Magnet für Künstler, Musiker und Schriftsteller.

Sie entscheiden sich allerdings auch deshalb für Deutschland, weil es relativ einfach ist, sich einen

74 Vgl. www.makkabi.com

75 Vgl. www.hashomer.de

76 Vgl. www.zjd-habonim.de

77 Vgl. www.jewishagency.org/JewishAgency/English/About/Press+Room/Aliyah+Statistics/nov2010.htm

zweiten Pass ausstellen zu lassen, wenn ein Eltern- oder Großelternteil der Verfolgung durch die Nationalsozialisten ausgesetzt war.

Laut eines Berichts der israelischen Soziologin Sima Zalberg⁷⁸, der im Frühjahr 2011 im israelischen Eretz Acheret Magazin erschien, besitzen rund 100.000 Israelis zurzeit einen deutschen Pass. Etwa 7.000 Personen bewerben sich jährlich an der deutschen Botschaft in Tel Aviv um die deutsche Staatsbürgerschaft. Ihre Anwesenheit hat in Berlin eine gänzlich neue Kulturszene generiert: Es gibt regelmäßig Treffen für Israelis, die Website eines israelischen Auswanderers und eine wöchentliche Radiosendung – Kol Berlin –, die von Aviv Russ auf Deutsch und Hebräisch moderiert wird. Ein von der israelischen Botschaft gefördertes Projekt namens Habait organisiert Veranstaltungen mit israelischer Thematik, die sowohl Israelis mit Heimweh als auch nichtjüdische Israelfreunde ansprechen.

Dass Israelis sich nicht unbedingt auch in die jüdischen Gemeinden einbringen, führt bei manchen der führenden Gemeindeglieder zu Enttäuschung. „[Es] kamen auch welche, die sagten, wir wollen nicht in die Gemeinde eintreten. [Da] habe ich gesagt, müsst ihr auch nicht, nur, wir haben die und die Angebote, vielleicht interessiert es euch ja mal“, sagte ein Interviewpartner. „[...] Sie sind erst Israelis und dann Juden. Die finden es ganz spannend in die Synagoge zu gehen, aber nicht aus religiösen Gründen.“

Engagement pro Israel

Obleich *Aliyah* (Emigration nach Israel) und Solidaritätsdemonstrationen keinen großen Zuspruch finden, ist die Bewegung für Israel sehr aktiv. Organisiert wird sie in erster Linie von einer kleinen Gruppe unermüdlicher jüdischer Aktivistinnen, üblicherweise mit Unterstützung der israelischen Botschaft, des Zentralrats und der örtlichen jüdischen Gemeinde: „Es haben sich im Bereich der Aufklärung über Israel oder Öffentlichkeitsarbeit für Israel auch innerhalb der jüdischen Gemeinden sehr viele Aktivitäten herauskristallisiert“, sagte ein Befragter. „Da ist vor allem ILI, I like Israel, zu nennen, der

Verein, ursprünglich aus München aber [der] sich dann wirklich deutschlandweit aktiv gezeigt hat, indem er den Israel-Tag und jetzt seit Neuestem den Israelkongress ins Leben gerufen hat. Und gerade in den jüdischen Gemeinden ist dieser Israel-Tag auf fruchtbaren Boden gefallen und es wird viel aktiv daran gearbeitet, Israel so ein bisschen mehr in den Mittelpunkt zu rücken.“

Die Frankfurter Medienbeobachtungsstelle Honestly Concerned⁷⁹ wurde 2002 von Sacha Stawski gegründet, der damit auf eine Zunahme anti-israelischer und anti-jüdischer Tendenzen in der Berichterstattung sowie entsprechende Erklärungen von Politikern und anderen Personen des öffentlichen Lebens reagierte. Stawski veröffentlicht regelmäßig einen Newsletter mit neuen Informationen, um auf Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit aufmerksam zu machen und dafür zu sensibilisieren.

I Like Israel (ILI) wurde 2003 mit der Zielsetzung gegründet, durch Aufklärung und Veranstaltungen gegen anti-israelische Gesinnungen anzukämpfen.⁸⁰ Heute ebenfalls unter der Leitung Stawskis, unterstützt die Initiative die jährlichen, deutschlandweiten Veranstaltungen zum Israel-Tag, den obengenannten Israelkongress, der Hunderte von Teilnehmern anzieht, sowie Bildungsforen, die pro-israelische Organisationen in deutschsprachigen Ländern vernetzen.

Auch Nichtjuden sind aktiv geworden, insbesondere im Zusammenhang mit den vom Iran geäußerten Drohungen gegen Israel. Zwei konfessionsübergreifende, unparteiische Organisationen – Stop the Bomb (2007 in Österreich und 2008 in Deutschland entstanden) und die deutsche Scholars for Peace in the Middle East – konzentrieren sich vorrangig auf diese Bedrohung Israels, organisieren Konferenzen und Demonstrationen, und setzen die deutsche Regierung unter Druck, strengere wirtschaftliche Sanktionen gegen das islamische Regime zu verhängen.⁸¹

Abweichende Standpunkte zu Israel gibt es auch innerhalb der jüdischen Gemeinde,

78 Vgl. <http://en.trend.az/regions/world/europe/1884235.html>

79 Vgl. <http://honestlyconcerned.info>

80 Vgl. www.i-like-israel.de

81 Vgl. <http://de.stopthebomb.net>

sowohl im Zentrum als an den Rändern. Zwei bekannte Persönlichkeiten in Deutschland – Rabbi Tovia Ben Chorin und Professor Micha Brumlik – beteiligen sich aktiv an „J-Call“,⁸² einer französischen, alternativen Pro-Israel-Bewegung, die sich eng am amerikanischen Vorbild J-Street orientiert.

Hinzu kommen eine Reihe sehr kleiner, linksgerichteter jüdischer Gruppen wie die „Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost“, die öffentlich gegen Israels Politik und Deutschlands Unterstützung für den jüdischen Staat demonstrieren.⁸³ Diese Gruppen und ihre

Mitglieder werden oft zur Zielscheibe von pro-israelischen Bloggern und Aktivisten.

Ob sie politisch interessiert sind oder nicht, werden Juden in Deutschland von Antisemiten immer öfter als Sprecher für den jüdischen Staat behandelt. Eine Interviewpartnerin drückte es so aus: „Juden in der Diaspora werden dafür immer wieder haftbar gemacht, und beziehen auch häufig Position, können aber natürlich nur wenig Einfluss nehmen. Andererseits: Sie haben natürlich auch nicht direkt die Folgen der Politik Israels und der Nachbarländer zu tragen.“

82 Vgl. www.jcall.eu

83 Vgl. www.juedische-stimme.de/

5 Zusammenfassung

Das enorme Wachstum der jüdischen Bevölkerung in den frühen Neunzigern führte zu einer gewissen Euphorie über die Rückkehr von Juden nach Deutschland. Manche jüdische Führungspersönlichkeit – wie Michel Friedman, ehemaliger Vizepräsident des Zentralrats – blieb verhalten optimistisch: Wenn auch nur zehn Prozent der Neuankömmlinge zu in irgendeiner Form aktiven Juden würden, wäre das ein Segen.

Heute leben viele dieser einst als „Kontingentflüchtlinge“ in verschiedene Bundesländer eingewanderten Juden in größeren Städten. Die jüngeren Generationen, vor allem die seit der Wende geborenen, ziehen in Scharen nach Berlin; die ältere Generation stirbt aus. Beobachter gehen davon aus, dass mit der nächsten Generation die Mitgliedschaft in den Gemeinden merkbar zurückgehen wird.

Ein Interviewpartner prophezeite, dass die jüdische Bevölkerung „viel größer sein wird als sie es 1990 war, sehr viel größer. Sie wird reichhaltiger und vielfältiger sein und viel aktiver, aber es werden keine 120.000 Leute sein. Statt einer absteigenden, sterbenden Gemeinde von zwanzig, fünfundzwanzig Tausend, wird es eine lebendige, pluralistische und vielfältige Gemeinschaft von fünfzig Tausend, sechzig Tausend sein.“

Ob die Zukunft vielversprechend ist, hängt von der Perspektive ab. Kleinere Städte erleben, wie ihre „neuen“ jüdischen Gemeinden schwinden. In Deutschlands großen Ballungszentren hingegen pulsiert heute ein deutlich vielfältigeres, auffälligeres jüdisches Leben als noch 1989.

„Jeder behauptet jetzt, [...] dass wir am Ende wahrscheinlich zehn Gemeinden haben [...] und viele der Gemeinden verschwinden werden“, sagte ein Befragter. „Also bin ich einigermaßen davon überzeugt, dass es ein jüdisches Leben in diesem Land geben wird, auch, dass es ein solides jüdisches Leben in diesem Land geben wird. Aber ich kann mich diesem gesichtslosen Optimismus und Enthusiasmus nicht anschließen, der eh zum größten Teil politisch motiviert ist, mit dem das Wachsen und Gedeihen der lebendigsten jüdischen Gemeinde Europas deklariert wird. Das sehe ich nicht so.“

Jedoch greift er auch den Standpunkt Friedmans auf, denn eine Veränderung zum Guten habe es durchaus gegeben. „Nun, es gibt eindeutig keinen Abschwung [...] in Hinsicht auf die Reichhaltigkeit und die Vielfalt. Ich würde nicht sagen, dass es in allen Aspekten zu Wachstum gekommen ist, aber ich sehe da Dynamik.“

Von den Befragten wurden beide Seiten der Medaille beleuchtet – die historische Zuwanderung hat offenkundig sowohl Herausforderungen als auch Vorteile mit sich gebracht. Zudem sei das Ergebnis dieses Prozesses, wie mehrere Interviewpartner feststellten, nicht absehbar.

„Wir befinden uns noch im mittleren Kapitel dieser Geschichte“, sagte einer von ihnen. „Vereinfacht lautet die Geschichte: Bis 1990 herrschte ein [...] struktureller, politischer, religiöser, konzeptioneller Ansatz vor, der für eine existenzfähige Gemeinde notwendig war, für eine bestimmte soziologische und demographische Realität. Und dann hat sich alles verändert.“

„Der Zentralrat versucht, den Übergang zu einem religiösen Pluralismus zu regeln [...] die Türen müssen in beide Richtungen offenstehen“ – für das progressive als auch das traditionelle Judentum – fügte er hinzu. Es ist möglich, „heute als strengreligiöser orthodoxer Jude in Deutschland zu leben, Punkt, keine Ausreden. Wenn jemand das nicht möchte, dann ist das in Ordnung; es ist natürlich eine freie Welt. Aber man sollte nicht behaupten, man könne es nicht, weil es nicht möglich wäre.“

Pluralismus und die Frage: Wer ist Jude?

Eine der größten aktuellen Herausforderungen für die Gemeinde ist die Auseinandersetzung mit der Frage: Wer ist Jude? Die Zuwanderung aus der ehemaligen Sowjetunion brachte viele Menschen ins Land, die nicht halachische Juden sind, aber sich stark mit dem Judentum identifizieren. Viele jüdische Führungskräfte sehen sich mit den Fragen konfrontiert, wann, wie und unter welchen Umständen sich junge Leute zukünftig der offiziellen Gemeinde anschließen können.

Ein Teilnehmer der Diskussionsrunde sagte, dass er eben kein „Kind einer jüdischen Mutter“ sei. „Das heißt, im Sinne des orthodoxen Mainstreams in Deutschland gelte ich nicht als Jude. Mittlerweile hat man auch die Progressiven dazu geprügelt, sich von der Idee, Vater-Juden anzuerkennen, zu verabschieden – das ist das erste Problem für mich. Und das zweite Problem ist, dass ich nicht gläubig bin und auch nicht so tun kann, als wäre ich gläubig, um zu partizipieren. Und deswegen ist die jüdische Gemeinde für mich kein Platz. [...] Und nichtsdestotrotz betrachte ich mich auch als Jude, nicht ausschließlich als Jude im Sinne einer allumfassenden Materie, aber es ist ein Teil von mir. Und ich weiß nicht wohin mit diesem Teil.“

Eine andere Teilnehmerin fügte hinzu: „Meine Mutter ist auch nicht jüdisch. In der Sowjetunion galt ich natürlich als Jüdin; und alle möglichen Beleidigungen, [...] das war ein Teil meines Lebens; aber auch die große jüdische Familie meines Vaters, das war auch ein Teil meines Lebens, die Witze und die Konflikte [...]. In meinem Bewusstsein teilte ich das [...]. Dann habe ich beschlossen Gijur zu machen. Und die allererste Lebensstation von meinem Sohn war die Beschneidung.“

Um das Problem der jüdischen Identität zu lösen, müssten „alle jüdischen Glaubensgemeinschaften an einer tiefschürfenden Diskussion über ihre Selbstdefinitionen und Ziele für die Zukunft teilnehmen“, sagte eine Interviewpartnerin. „Wird dieses Problem nicht in absehbarer Zeit gelöst, wird Deutschlands Judentum weiter schrumpfen, indem es potentielle Mitglieder verliert.“

Ihrer Ansicht nach sei es an der Zeit, nicht-halachische Juden in der Einheitsgemeinde willkommen zu heißen, auch wenn sie nicht von allen Synagogengemeinden akzeptiert würden. „Indem sie alle Juden, auch nicht-halachische, dazu ermuntern, sich mit ihrem Judentum erstmals oder von neuem auf ihre Weise zu befassen, würden sie die strittige Frage ‚Wer ist Jude?‘ auf positive Art beantworten.“

Sie schlug vor, ein Team aus „Experten und Laien aller Glaubensgemeinschaften, sowie post- und transkonfessioneller Organisationen“ zusammen zu stellen. „Ich gehe davon aus, dass es eine große Herausforderung wird, eine Definition

zu finden, die alle beteiligten Parteien zufrieden stellt [...] . Die Einheitsgemeinde muss sich einer heterogenen, pluralistischen Definition öffnen, wenn es darum geht, wer ein Jude ist.“

Als Vorbild gab sie die amerikanische Version des Jewish Community Centers (Jüdische Gemeinschaftszentren) an und schlug vor, dass Vertreter der amerikanischen JCCs mit deutschen jüdischen Führungskräften zusammentreffen sollten, um mögliche Modelle zu besprechen. Die jüdische Zukunft in Deutschland hänge davon ab.

Gemeindestruktur

Mehrere Teilnehmer sagten, dass eine neue Struktur für jüdische Gemeinden nötig sei: „Sicherzustellen, dass diese Struktur sich entwickelt – durch Evolution und nicht durch Revolution – zählt zu den größten Herausforderungen.“

Aber man solle trotz allem versuchen, die Gemeinschaft von einer übermäßigen Fragmentierung abzuhalten; diese könne dazu führen, dass „man irgendwann keine jüdische Gemeinschaft bildet, sondern nur noch eine liberale jüdische Gemeinschaft, eine orthodoxe jüdische Gemeinschaft und eine sephardische jüdische Gemeinschaft“, sagte eine Teilnehmerin, „und wie das heute vielleicht auch bei den muslimischen Gemeinschaften ist, die ja völlig zersplittert sind [...]. Dann wird es auch irgendwann beliebig in welche Synagoge man geht, dann konsumiert man sozusagen nur noch entweder das liberale oder das orthodoxe Judentum und fühlt sich nur noch dazugehörig, wie man sich vielleicht als Fan einem Fußballklub dazugehörig fühlt. Und das ist der falsche Weg.“

Lehrmaterial

Darüber hinaus wurde der Mangel an Lehrmaterial kommentiert. „Wir haben immer noch kein ordentliches Lehrmaterial für den Religionsunterricht, darin sehe ich ein Riesenmanko, dass das bislang nicht passiert ist. [...] Das halte ich für einen ganz entscheidenden Punkt, dass wir dieses „Window of Opportunity“ durch die Zuwanderung schon fast verpasst haben. Die Leute sind gekommen, sie haben die jüdische Gemeinde gebraucht, um anzukommen – und es ist uns nur teilweise gelungen, die Leute in der Gemeinde zu behalten.“

Lücken schließen

Zwischen den Generationen wie auch zwischen deutsch- und russischsprachigen Juden sei bessere Kommunikation gefragt, sagte eine Interviewpartnerin. Man müsse „älteren, nichtreligiösen Juden das Gefühl geben, dass sie hierher gehören, sowohl nach Deutschland als auch in die jüdische Gemeinde. Kommunikationslücken zwischen Deutschsprachigen und Russischsprachigen müssen geschlossen werden, psychisch und sprachlich sowie im Hinblick auf ihre soziale Stellung in dieser Gesellschaft.“

Kontinuität und Führungskompetenzen

Manche Befragte plädierten dafür, mehr zu unternehmen, um junge Juden in Deutschland zusammenzubringen, damit sie Ehepartner finden und Familien gründen können. Tatsächlich sind sich sämtliche jüdische Institutionen und Stiftungen darüber einig, dass die effektive Einbindung junger Juden in das jüdische Gemeindeleben in Deutschland zur Zeit eine der größten Herausforderungen darstellt.

Allerdings seien Mischehen nicht die Ursache für mangelnde Kontinuität in der jüdischen Gemeinschaft, sagte eine Teilnehmerin. Es liege vielmehr daran, „dass die Gemeinde versäumt hat, das Judentum relevant zu machen für diese Menschen und genau deswegen ist eine zeitgenössische, relevante Auslegung des Judentums unerlässlich.“

In dieser Sache waren säkulare, liberale und orthodoxe Teilnehmer einer Meinung – dass jüdisches Leben sich durch Handeln definiere und sich nicht nur in den Synagogen abspiele.

Handeln erfordere Führungsstärke. Demnach müssten auch Führungsqualitäten ausgebaut werden. Die größten Herausforderungen seien hier: „Dummheit, Traumata und psychologische Komplexe von Führungskräften und Mitgliedern ... die fehlende Professionalität [abzubauen]. Und die Unfähigkeit, eine Vision

für diese Gemeinschaft zu formulieren und zu kommunizieren, die die Basis mitreißt und einen wegweisenden Handlungsplan schafft.“

Fazit

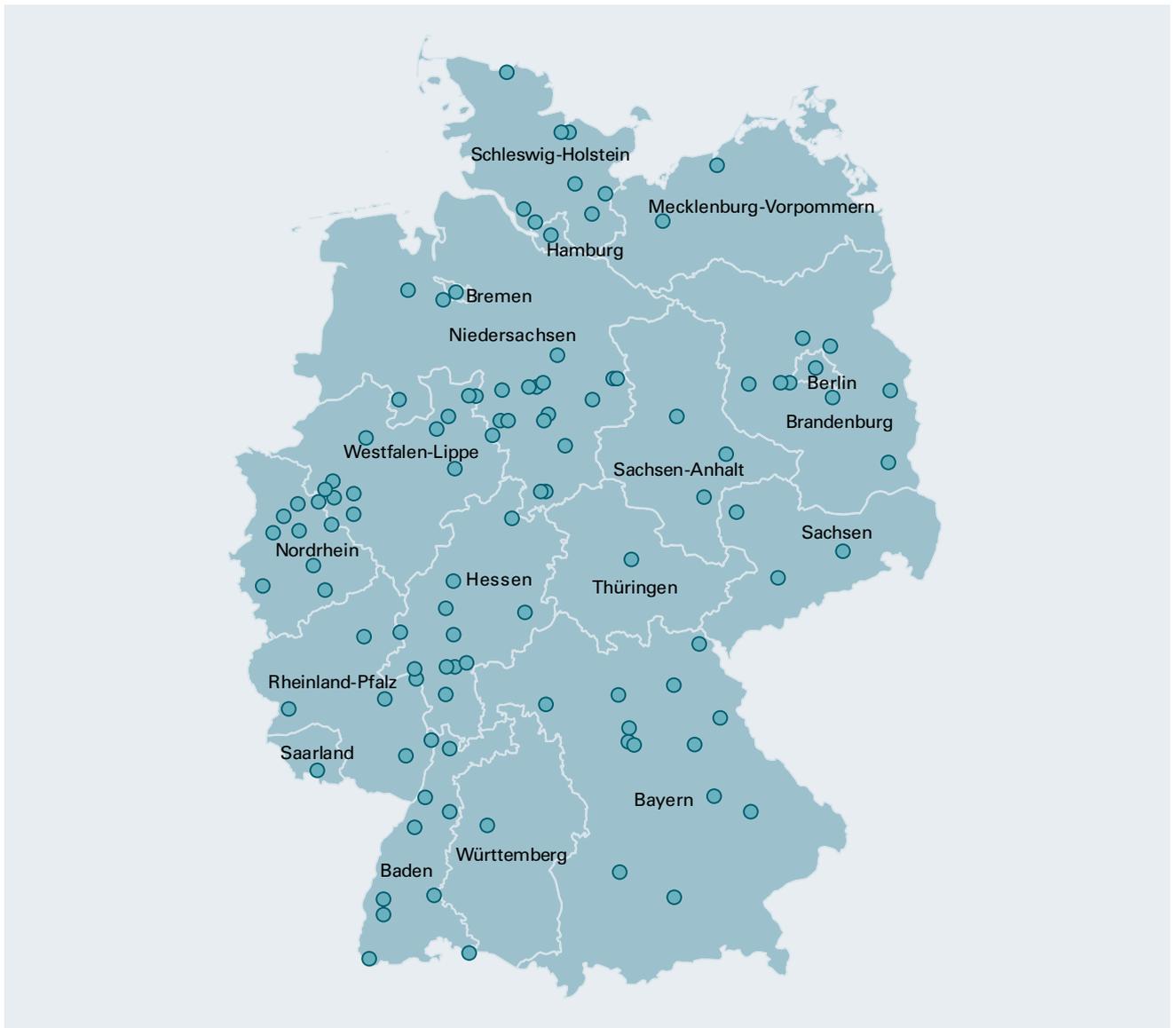
Die genannten Herausforderungen und unzähligen Vorschläge weisen auf die gegenwärtige Lebendigkeit der jüdischen Gemeinschaft in Deutschland hin. Viele sahen und reagierten auf die sprichwörtlichen Zeichen an der Wand, nämlich, dass Veränderungen in der geopolitischen Lage einen großen Zulauf für die jüdische Bevölkerung in Deutschland auslösen würden. Sogar der verstorbene Chabad-Leiter Rabbi Menachem Mendel Schneerson, der seine Schlichim (Entsandten) zuvor von Deutschland fernhielt, änderte in den späten achtziger Jahren seine Meinung.

Die heutige Situation ist das Ergebnis dieser geopolitischen Entwicklungen und von Deutschlands Nachkriegsbeziehung zu den Juden und Israel – dieser ‚besonderen Beziehung‘ mit all ihren Komplikationen, ihren Facetten. Es ist auch eine unangenehme Gegenüberstellung von Lebendigkeit und Vergegenständlichung. Ja, Juden in Deutschland nutzen dem deutschen Image in der westlichen Welt. Andererseits hat wohl keine andere Gesellschaft so große Schritte getan, so viel unternommen, um ihre Verbrechen gegen die Menschlichkeit offen zu legen, für sie zu büßen und Reparationszahlungen zu leisten. Zweifelsohne besteht in Deutschland enormes Potential für eine erneute Entfaltung jüdischen Lebens. Diese Fakten bedürfen der Anerkennung, wenn auch manchmal ein gewisser Zynismus angebracht ist und ein Vergessen nicht in Frage kommt.

Wie eine Interviewpartnerin es ausdrückte, die in den frühen neunziger Jahren aus der ehemaligen Sowjetunion übergesiedelt war: Sie hätte „nie gedacht“, dass sie sich in Deutschland so wohl fühlen würde, „denn mit Deutschland hat man andere Sachen verbunden [...] man [hätte das] nie gedacht, das ist eine stolze Errungenschaft aller Beteiligten.“

Anhang A

Karte der Landesverbände und jüdischen Gemeinden in Deutschland (Stand: 2013)⁸⁴



84 <http://www.zentralratjuden.de/de/topic/5.html>

Anhang B

Mitgliederstatistiken von 1990 bis 2012⁸⁵

Zugänge und Abgänge von 1990 bis 2012															
Jahr	Mitgliederzahl insgesamt 01.01.	Zugänge						Abgänge						Mitgliederzahl insgesamt 31. 12. ...	
		ehemalige SU-Staaten	aus dem Ausland	aus anderen Gemeinden	Übertritte	Geburten	Sonstige Zugänge	Zugänge insgesamt	Auswanderung	in andere Gemeinden	Austritte	Todesfälle	sonstige Abgänge		sonstige Abgänge
1990	27,711	1,008	62	247	62	109	898	2,386	202	206	63	431	106	1,008	29,089
1991	29,089	5,198	93	460	41	121	159	6,072	359	365	73	444	228	1,469	33,692
1992	33,692	3,777	80	293	64	148	190	4,552	221	396	63	460	300	1,440	36,804
1993	36,804	5,205	112	285	58	117	406	6,183	381	566	85	555	483	2,070	40,917
1994	40,917	5,521	108	391	77	119	529	6,745	285	709	112	576	421	2,103	45,559
1995	45,559	8,851	228	497	34	104	450	10,164	206	609	168	501	442	1,926	53,797
1996	53,797	8,608	158	614	49	139	683	10,251	230	740	130	615	1,130	2,845	61,203
1997	61,203	7,092	212	640	40	99	396	8,479	283	955	203	608	162	2,211	67,471
1998	67,471	8,299	180	696	28	123	286	9,612	209	997	263	782	543	2,794	74,289
1999	74,289	8,929	223	817	77	147	619	10,812	254	1,176	355	862	715	3,362	81,739
2000	81,739	7,366	126	864	74	147	338	8,915	239	1,232	333	934	160	2,898	87,756
2001	87,756	7,152	199	675	73	117	345	8,561	206	1,241	329	990	225	2,991	93,326
2002	93,326	6,597	203	596	47	151	553	8,147	205	1,160	397	1,000	376	3,138	98,335
2003	98,335	6,216	258	745	74	164	413	7,870	226	1,211	406	1,185	705	3,733	102,472
2004	102,472	4,757	202	791	79	139	322	6,290	148	1,058	408	1,095	320	3,029	105,733
2005	105,733	3,124	256	496	61	128	1,336	5,401	227	924	308	1,178	820	3,457	107,677
2006	107,677	1,971	229	701	46	205	2,539	5,691	282	2,411	1,084	1,302	495	5,574	107,794
2007	107,794	1,296	202	551	48	168	425	2,690	251	893	575	1,051	384	3,154	107,330
2008	107,330	862	134	504	45	171	565	2,281	379	870	433	1,038	456	3,176	106,435
2009	106,435	704	216	473	50	183	398	2,024	189	681	403	1,137	1,808	4,218	104,241
2010	104,241	667	354	435	81	168	540	2,245	141	642	423	1,081	175	2,462	104,024
2011	104,024	636	177	413	79	212	382	1,899	233	701	449	1,195	548	3,126	102,797
2012	102,797	481	461	563	79	199	444	2,227	256	784	404	1,282	163	2,889	102,135
Zugänge/ Abgänge	insgesamt 1990	insgesamt						insgesamt						insgesamt	insgesamt 2012
1990- 2012	27,711	104,317	4,473	12,747	1,366	3,378	13,216	139,497	5,612	20,527	7,467	20,302	11,165	65,073	102,135

85 Aktualisierte Mitgliederstatistiken für jüdische Gemeinden stehen auf der Website der ZWST zum Download zur Verfügung: <http://zwst.org/de/service/mitgliederstatistik/>

In der vom JPR veröffentlichten Reihe „Jüdisches Leben im östlichen Zentraleuropa seit dem Zusammenbruch des Kommunismus“ erscheint dieser als dritter von vier Berichten.

Weitere Titel in dieser Reihe:

Jüdisches Leben in Polen: Errungenschaften, Herausforderungen und Schwerpunkte seit dem Niedergang des Kommunismus

Jüdisches Leben in Ungarn: Errungenschaften, Herausforderungen und Schwerpunkte seit dem Niedergang des Kommunismus

Jüdisches Leben in der Ukraine: (noch nicht erschienen)

jpr / report

Institute for Jewish Policy Research

© JPR-Forschungsinstitut 2013

Alle Rechte vorbehalten. Es ist untersagt, diese Veröffentlichung ohne die vorherige schriftliche Einwilligung des Herausgebers teilweise oder im Ganzen nachzudrucken, zu reproduzieren, oder sie in anderer Weise zu verwenden, mit bereits erfundenen oder zukünftigen Mitteln, Kopien oder Aufzeichnungen anzufertigen oder Inhalte in jegliche Art von Informationsspeicher oder Wiederabrufsystem zu übertragen.

Herausgegeben vom Institute for Jewish Policy Research

4th Floor, 7-8 Market Place London W1W 8AG

tel +44 (0)20 7436 1553

fax +44 (0)20 7436 7262

e-mail jpr@jpr.org.uk

website www.jpr.org.uk

Eingetragene Stiftung Nr. 252626